

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementsspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Jäherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltenen Kolonelzeile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von
291500
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaftslage ist nach wie vor ungelöst. Nach wie vor überwiegen die Stimmen, die sowohl die Beschäftigung der Industrie, der Abruf von Rohmaterialien bei den Eisenwerken, die Qualität des Auslandsmarktes in Frage kommen, keinerlei Ver schlechterung weder für den Augenblick noch für das ganze Jahr 1906 zu gestehen scheinen. Unheimlich wenig hört man über die Einwirkung der Handelsverträge und es ist vielleicht am Platze, daraus hinzuzweisen, daß die amtliche Arbeitsmarktstatistik, bei aller Anerkennung für die Lage und selbst den Arbeitermangel in einzelnen Schichten, schon im Januar ein vereinzeltes Eingehen von Bestellungen auf Spezialmaschinen sowie auf Gasmotoren, Armaturen und Pumpen beklagt. Der Februarbericht liegt leider bei Abschaffung dieser Zeilen noch nicht vor. Während aber die Industrie zu größerer Beunruhigung noch keinen Anlaß bietet, ist die Börse nach wie vor nervös. Sie hat die Weltpolitik auf die Glieder. Es gefällt ihr auch nicht, daß, was die Käufe betrifft, die deutschen und die englischen Eisenmärkte jetzt "ruhig" geworden sind, was die Kartelloffizielen damit erklären, daß die Kundenstadt schon für das halbe oder ganze Jahr 1906 gekauft und jetzt die gekauften Materialien abzubauen habe. Das tue sie auch sehr fleißig.

Die Nachrichten aus den Kartellen selbst liefern spärlich. Im Walzdrähterverband ist Krateel und es ist fast sicher, daß er mit dem Ende dieses Monats aufgelöst werden wird. Das Gasper Werk erklärt sich schon jetzt für verkaufsfrei ab 1. April. Von erschütternder Bedeutung ist die Angelegenheit um so weniger als die Beschäftigung der Walzwerke sowohl als auch der weiterverarbeitenden Drahtstiftfabriken glänzend sein soll, so daß die Werke auch nach Auflösung des Verbandes auf "gute Preise" halten werden.

Ein neuer Verband ist unter der Firma Verband deutscher LKW-Wagenhersteller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Hagen gegründet worden. Der Verband erhält den Betrieb der ganzen in Deutschland erzeugten LKW-Wagenhersteller und seine erste Tat war eine wesentliche Erhöhung der Preise. Unter anderem wird ein Stückzuschlag von 2 M. den Käufern berechnet.

Eine Preiserhöhung nahmen auch die Schaufelhersteller vor, die im übrigen nicht formal zu einem Verband vereinigt sind.

Größeres Interesse erweckt die beabsichtigte Gründung eines hochöfenwerkes in Enden, worüber wir neulich berichteten. Es ist noch nicht so sicher, ob und wie die neuen Walzwerke dahinterstehen, denn der bereits vorliegende Prospekt über die Gründung ist nur von einem namenlosen "Ausschuß" gezeichnet. Dieser Ausschuß erwartet von der "Hohenholzalhütte" eine Dividende, wie sie von keinem anderen Werk dieser Art erreicht ist. Die günstige Lage für Rohmaterialzufuhr (sowohl Seeschiff bis 10 Meter Tiefgang als Kanalschiffe vom Dortmund-Emskanal können anlegen), die günstige Lage für die Ausfuhr nach Holland und die deutschen Häfen seien die Hauptvorteile. Das Werk soll umstehen sein, die Elbe hinauf nach Magdeburg und Berlin in Konkurrenz mit dem Rheinisch-Westfälischen Roheisen syndikat um 5,44 M. (gegen 10 Prozent) billiger zu liefern. Außerdem wird im Prospekt gefragt, daß neue Werk werde ein "wertvoller Faktor für das Roheisen syndikat" als Exporthütte werden, so daß nicht recht klar ist, ob die Hohenholzalhütte für oder wider das Kartell sein will. Das Aktienkapital soll 4 Millionen Mark betragen und sich mit 16 Prozent verzinsen. Auch die Angliederung einer Gießerei sowie von Stahl- und Walzwerk wird geplant, so daß es doch recht zweifelhaft ist, ob die neuen Walzwerke hinter der Gründung stehen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung begrüßt sie mit scheuen Augen — immerhin kein schlechtes Zeichen.

In Erwähnung größter Auseinandersetzung aus aktuellen Vorgängen wendet sich die Betrachtung hauptsächlich den Ergebnissen des abgelaufenen Jahres zu. Das dankbare Feld bieten die Banken, besonders die Berliner Großbanken, und da sie seit der Verstaatlichung der Bahnen ihren Hauptzusagen aus der Bergwerks-Hütten- und verwandten Industrie ziehen, ist ihr Jahresabschluß auch für uns von Interesse. Die acht großen Berliner Banken, beginnend mit der Deutschen Bank mit einem Kapital von 180 Millionen, das seit Jahresbeginn auf 200 Millionen erhöht wurde, bis zur Nationalbank mit 80 Millionen Aktienkapital, sie stehen sämtlich auf ein glänzendes Geschäftsjahr zurück. Die nachstehende Tabelle spricht für sich selbst:

Bank- gesellschaften	Reingewinne in Millionen Mark			Gewinnanteile vom Vorjahr u. Aufschlags- rate in M. %		
	Stehende		1904	1905	Prozent des Aktien- kapitals	
	1904	1905				
Deutsche Bank . . .	24,32	27,26	15,00	12	2,44	?
Düsseldorfer Gesell.	17,09	18,42	10,88	8 1/2	9	2,01
Darmstädter Bank . .	9,52	13,04	5,46	7	6	1,59
Dresdener Bank . . .	16,88	20,98	19,11	7 1/2	8 1/2	3,60
Schweiz. Bankverein .	10,99	13,52	11,05	7 1/2	8 1/2	4,75
Berliner Handelsbank .	9,65	11,72	11,72	8	9	1,24
Nationalbank	4,95	7,54	12,56	6	7	0,81
Komm.-u. Dist. Bank .	3,96	7,05	14,10	6 1/2	6 1/2	1,26

Es interessiert uns wenig, wie sich Aktionäre und Aufsichtsräte in den Reingewinn teilen, ob der Vorstand und die Aufsichtsräte ein oder drei Prozent verschließen. Röhlich ist aber, nach die Tat-ache vor Augen zu halten, daß acht Banken zusammen einen jähr-

lichen Reingewinn von mehr als 100 Millionen hauptsächlich aus ihrer Vermittleraktivität im Kreislaufprozeß des Kapitals haben.

Aus der Industrie liegt wieder eine große Zahl von Geschäftsberichten vor.

Die Donnersmarthütte in Zabrze gehört zu den größten und profitabelsten Unternehmungen der Eisenindustrie und des Kohlebergbaus. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1905 nach Abzug aller Zinsen und Kosten einen Gewinn von 3520 088 M. (im Vorjahr 8 474 104 M.). Der Aufsichtsrat setzte die Abschreibungen auf 1990 300 M. (im Vorjahr 1945 300 M.) fest und schlägt der im Mai stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 14 Prozent (wie im Vorjahr) vor. Die Donnersmarthütte verteilt nunmehr schon das fünfte Jahr je 14 Prozent Dividende, nachdem sie für 1900 16 Prozent, für 1899 15 Prozent gegeben hatte. Wie die vorstehenden Daten beweisen, hat die Gesellschaft sich im Jahre 1905 in aufsteigender Richtung entwickelt.

Die Oberschlesische Eisenbahnbetriebsgesellschaft, die sich im Vorjahr mit den Huldschinsky'schen Hüttenwerken fusionierte, weist nach Abschreibungen von 2442 674 M. gegen 1915 849 M. im Vorjahr, einen Reingewinn von 3 079 479 M. gegen 1 679 174 M. im Vorjahr, aus. Dabei ist der Gewinn der Huldschinskywerke mitverrechnet, jedoch nicht der Gewinn der Sosnowitzer Röhrenaktien, der dem neuen Jahre vorbehalten bleibt. Die Fusionskosten von 552 670 M. wurden ganz abgeschrieben. Die Aktionäre erhalten 7 Prozent auf 25 Millionen Aktienkapital voll und auf 19,5 Millionen für ein halbes Jahr, gegen 7 Prozent im Vorjahr auf 20 Millionen Kapital.

Aus den westlichen Industriegebieten heben wir das Blechwalzwerk Schulz-Knaudt in Essen hervor, über das Genossen Hue fürzlich im Reichstag berichtete, es habe im letzten Jahre unter 977 Kassemitgliedern 879 Erfolgungen gehabt. In demselben Jahre gelang es, die Dividende von 6 auf 7 1/2 Prozent zu steigern. In der Generalversammlung teilte der Vorstand noch mit, es seien in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres Aufträge reichlich eingegangen, und zwar zu besseren Preisen als im Vorjahr; allerdings hätten auch die Rohmaterialpreise eine wesentliche Steigerung aufzuweisen. Mit den Ergebnissen dieser ersten beiden Monate wäre die Verwaltung zufrieden; wenn die Nachfrage weiter so anhält, so könnte auf ein gleich gutes Resultat wie im Vorjahr gerechnet werden.

Die Deutsch-Schweizerische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft berichtet, die Beschäftigung sei reichlich bei guten Preisen und der Abruf in Spezifikationen sei flott. Man erwartet eine höhere als die vorjährige achtprozentige Dividende.

Ein anderes neu fusioniertes Unternehmen, die Buderus'schen Eisenwerke in Weßlat, mit den Eisenwerken Vöslar vereinigt, berichtet über einen Rohgewinn von 2 184 721 M. (im Vorjahr 1911 945 M. ohne Berücksichtigung der Einnahme aus dem Verkauf des Zementkontingents der Abteilung Vöslar). Nach 1380 000 M. (1000 355 M.) Abschreibungen und Zurückstellungen verbleibt ein Reingewinn von 804 721 M. (556 658 M.), zu welchem der Vortrag aus dem Vorjahr mit 12 415 M. tritt. Es wurde beschlossen, der am 10. April dieses Jahres stattfindenden Hauptversammlung folgende Gewinnverteilung vorzuschlagen: Zuweisung zur gelegentlichen Rücklage 40 236 M. (25 202 M.), 6 Prozent Dividende auf 10500000 M. Aktienkapital = 630 000 M. (im Vorjahr 6 Prozent auf 7500 000 M. Aktien = 450 000 M.), Gewinnbeteiligung des Vorstandes und der Beamten 81,488 M. (31 342 M.). Zuweisung zur Unterstützungsrücklage 20 000 M. (25 202 M.), Belohnungen an Beamte und für gemeinnützige Zwecke 30 000 M. (20 000 M.), Vortrag auf neue Rechnung 15 412 M. (12 414 M.).

Die Dillingen Fabrik gelochter Bleche Franz Mégard & Co. verteilt 7 Prozent gegen 5 im Vorjahr. Nach Angabe des Vorstandes wurde das Personal mit 70 vollen Überstunden direkt überspannt. Am 1. Januar lagen für die Maschinenfabrik für 722 000 M. unverledigte Aufträge vor.

In die Eisenindustrie Sachsen's führt uns der Geschäftsbericht der Königin Marienhütte, Aktiengesellschaft, Gainsdorf. Im Geschäftsjahr 1905 betrug der Betriebserfolg in allen Abteilungen 974 318 M. (610 104 M.). Davon gehen ab Generalkosten 386 753 M. (390 797 M.), Anteihbezinsen 123 095 M. Die Abschreibungen betragen 250 257 M. (200 000 M.) und außerdem werden 15 000 M. (16 600 M.) dem Defredereonto überwiesen, so daß sich die aus dem Vorjahr übernommene Unterbilanz von 362 776 M. um 205 448 M. vermindert und mit 157 329 M. auf 1906 vorge tragen wird. Wie der Bericht erwähnt, haben sich die Verhältnisse des Werkes günstiger gestaltet wie in den Vorjahren. Über das laufende Geschäftsjahr drückt sich der Vorstand dahin aus, daß nach der erträlichen Besserung der Verhältnisse der Gesellschaft in Verbindung mit der gegenwärtigen Geschäftslage auch für das Geschäftsjahr 1906 ein besseres Ergebnis zu erhoffen ist.

Der Aufsichtsrat des bekannten Eisenwerkes Kraft in Krakowick bei Stettin beschloß eine Dividende von 11 Prozent (im Vorjahr 8) vorzuschlagen, die angeblich in erbittertem Kampfe mit dem Roheisen syndikat errungen wurde.

Die Waggonfabrik Ürdingen, Aktiengesellschaft, zahlt nach reichlichen Abschreibungen 3 Prozent rückläufige Dividende für 1904 und 6 Prozent auf die Vorzugsaktien für 1905. Das Aktienkapital wird erhöht, die Fabrik ist „auf lange Zeit hinaus“ reichlich mit Aufträgen verfüllt“.

Die Maschinenfabrik vormals Riedel & Kemnitz in Halle verteilt nicht weniger als 32 Prozent (18 im Vorjahr).

Die Kronprinz-Aktiengesellschaft für Metallindustrie in Orlig (Rheinland) erzielte einen Bruttoüberschuss von 1216073 M. (im Vorjahr 978 562 M.). Nach Abschreibung von 247 157 M. (203 013 M.), nach Dotierung der ordentlichen und außerordentlichen Reserven und des Fonds für Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter, nach Zuweisungen an den Defredere- und Erneuerungsfonds in Gesamthöhe von 213 626 M. sowie nach Abzug der Gewinnanteile,

soll der am 31. März 1906 stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital von 2,1 Millionen (25 Prozent auf 1,4 Millionen) und der Vortrag eines Ballos von 104 147 M. vorgeschlagen werden.

Aus der Schweiz.

Die schweizerische Arbeiterbewegung hat im neuen Jahre ungemein lebhaft eingeholt, aber wenn man will, die gemeinnützige Tätigkeit des verflossenen Jahres fortgesetzt. Es röhrt und regt sich überall, an den sozial rückständigsten Orten entstehen neue Arbeiterorganisationen, an allen anderen Orten wachsen die Gewerkschaften von Woche zu Woche; es ist ein allgemeines plötzliches Erwachen, so daß man von einem neuen Volkerfrühling reden könnte.

Das gilt erfreulicherweise insbesondere von den Metallarbeitern, deren Verband rapid wächst und die auf der ganzen Linie am Werke sind, ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern. Dazu treibt sie nicht allein das ideale Streben nach dem kulturellen Emporsteigen, sondern auch der nötige Kampf um das tägliche Brot, da seit Jahresfrist eine allgemeine Erkrankung eingetreten ist und die am 1. März in Kraft getretenen neuen Handelsverträge und Zölle eine weitere empfindliche Verschärfung derselben zur Folge haben werden.

In einer interessanten und sehr instruktiven Übersicht in der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung teilt der Verbandsvorstand mit, daß der Verband von Neujahr bis Mitte Februar über 1000 neue Mitglieder gewonnen und daß er sich mit etwa 40 kleineren und größeren Lohnkonsortien zu beschäftigen hatte. Davon waren 15 Streiks, an denen 520 Kollegen beteiligt waren. Verschiedene dieser Konflikte waren zum genannten Termin mit dem ganzen oder teilweise Erfolg der Arbeiter bereits beendet. In den ersten sechs Wochen des laufenden Jahres sind rund 12000 Fr. an Streikunterstützungen ausgegeben worden. Dazu wird orientierend ausgeführt: In Basel, Thun, St. Blaise, Seebach, Geu, Zürich und Zugern handelt es sich um Aufstellung von Arbeitsverträgen oder Anerkennung der Organisation. In Bözingen und Zofingen waren die Konflikte nur wegen ungerechter Behandlung durch die Vorarbeiter entstanden. — Es folgen nur die Bewegungen, die ohne Streik erledigt worden sind. Da haben wir vorerst eine Reihe kleiner Sachen, wie die der Gießerei Rapperswil, bei Saurer, Ammann und Bleiborn in Arbon, Mering in Osten, Automobilfabriken Bullion und Orion in Zürich, Werkstätte Eislinger in Basel, Drähtzieher in Emmenbrücke und andere, bei denen in den meisten Fällen eine für die Arbeiter befriedigende Lösung erzielt werden konnte. Von größerer Bedeutung sind die Bewegungen der Arbeiter in den Eisen- und Stahlwerken Mühlenthal, der Schlosser in Lausanne, Gießerei Weber in Uster, die ebenfalls ohne Streik, mit teilweise Erfolg für die Arbeiter, zum Abschluß gebracht wurden. Hierbei waren insgesamt rund 1500 Arbeiter beteiligt, für die man durchwegs Lohn erhöhungen und teilweise eine kleine Reduktion der Arbeitszeit erreichte. Dann sind zu vergleichen die durch Vermittlung der Arbeiterunion Zürich erreichten, für die Arbeiter sehr günstig lautenden Arbeitsverträge in der Automobilfabrik Arbon und Wagenfabrik Geissberger in Zürich, die etwa 100 Metallarbeiter zugute kommen. — In Unterhandlung stehen die Arbeiter der Feinlöffel-Fabrik in Abbaye und Kronleuchterfabrik in Le Pont wegen der durch das Samstagsgesetz reduzierten Arbeitszeit, für die die Leute entschädigt sein wollen. Die Bewegungen der Schlosser, Mechaniker und Spengler in Genf und der Spengler in Lausanne, die aus demselben Grunde entstanden sind, wurden einstweilen aufgeschoben. Ferner wurden aufgeschoben die Eridigung der Differenzen in der Maschinenfabrik Olten und Etablissement Martini & Cie. in Frauenfeld, wegen Entlassung von Verbandskollegen; über letzteres Geschäft ist die Sperre verhängt worden. — Ebenso steht es mit der Firma Ott, Hammerschmiede in Worb (Bern). Daum ziehen weiter in Unterhandlungen die Arbeiter des Walzwerkes in Reconwiller, die Dreher der Firma Brown, Boveri & Cie. in Baden, die Arbeiter bei Ohler & Cie. in Aarau, Spinnerei in Kriens, Blank, Maschinenfabrik in Uster, Waggonfabrik in Schüren sowie die Fräsmühle und Kupferschmiede in Zürich. In Kriens, Baden und Reconwiller handelt es sich um Verkürzung der Arbeitszeit und um eine angemessene Lohn erhöhung, an den übrigen Orten um Aufstellung von Arbeitsverträgen. Hierbei kommen insgesamt etwa 950 Metallarbeiter in Betracht. Auch mit dem schweizerischen Spenglermeister-Verband sind Unterhandlungen angebaut beabsichtigt, eine Aufstellung eines allgemeinen Arbeitsvertrags für die ganze Schweiz. — Zum Stadium der Vorbereitung haben wir Bewegungen in Chaux-de-Fonds, Brugg, Zugern, Bern, Schaffhausen und Genf, wo es sich, mit einer Ausnahme, um Aufstellung von Arbeitsverträgen handelt und bei denen rund 3000 Mitglieder in Betracht kommen. —

Der Kampf in Zofingen hat mit der Entlassung des mißliebigen Vorarbeiters geendet. In Winterthur haben die bis zu 95 Prozent organisierten Gießer der Lokomotivfabrik eine zehnprozentige Lohn erhöhung, Vergütung der Zeit für müßigen Dienst, Lohn erhöhung des Stücklohnarifs und Entschädigung für die Benutzung des eigenen Werkzeugs durch eine feste Lohnverhöhung erreicht. In der Schweizerischen Maschinenfabrik in Winterthur fordern die Handlanger eine Lohn erhöhung von sechs Rappen pro Stunde. Die seit Monaten andauernde Lohnbewegung in der Kieserischen Maschinenfabrik in Lötsche endet mit ziemlichem Erfolg der Arbeiter beendet werden zu können. Über diese Fabrik hat der Metallarbeiter-Verband schon im vorigen Sommer die Sperre verhängt

Chauvinismus gründlich geheilt werden. Eine äußerst frivole Dreistigkeit des Unternehmers und ihrer verschiedenen Handlanger ist es angesichts dieser Tatsache, wenn die Unternehmer der Arbeiterbewegung ihre internationale Solidarität zum Vorwurf machen. Bestünde sie noch nicht, so müßte sie angesichts der Internationalität des Kapitals in den verschiedensten Formen geschaffen werden.

Klagen über unbefriedigende Lohnverhältnisse erheben auch die Heizungsunternehmer, insbesondere die in Winterthur, und sie scheinen entschlossen zu sein, sich zunächst gut zu organisieren, um dann eine Verbesserung derselben herbeizuführen. Die Chauffeurvereinigung in St. Gallen erließ kürzlich in der Arbeiterpresse einen Aufruf an die Chauffeure in der ganzen Schweiz, sich zu organisieren und sodann einen schweizerischen Verband zu gründen, zu welchem Zwecke in Zürich eine Delegiertenversammlung abgehalten werden soll. Dem Aufruf entnehmen wir folgende informative Darlegungen: „Auch die Lohnverhältnisse der Chauffeure bedürfen der Beachtung. Neben Berufskollegen, deren Entlohnung als angemessen bezeichnet werden darf, gibt es sehr viele, die einen Lohn beziehen, der in gar keinem Verhältnis steht zu ihrer aufreibenden Arbeit und ihrer großen Verantwortlichkeit. Die Einführung eines einheitlichen Tarifs mit Festsetzung eines Lohnminimums und einer Lohnprogression ist daher dringendes Bedürfnis. Machen wir uns dabei auch die Förderung der beruflichen Ausbildung zur Aufgabe, so werden wir des Erfolgs in der Verfolgung gesunder Lohnverhältnisse sicher sein. Wie wollen diese Aufgaben verfolgt und gelöst werden? Das einzige wirksame Mittel ist der Zusammenschluß, die Gründung eines Verbundes der schweizerischen Chauffeure. Vereinzelt werden wir nie in der Lage sein, den nötigen Einfluß auf die Polizei- und Haftpflichtgezgebung im Automobilwesen zu gewinnen und gefundene einheitliche Lohnverhältnisse zu schaffen. Vereint werden wir unsere Interessen nach jeder Richtung zu wahren imstande sein. Wie der Mitteleuropäische Automobilfahrerverein, mit Sitz in Berlin, wird ein schweizerischer Verband neben der Verfolgung der gezeichneten Aufgaben den Mitgliedern durch Gewährung kostengünstiger Rechtsschützes in Straf- und Zivillagen, durch Stellenvermittlung, Zahlungen von Fachliteratur, Unterstützung bei unverschuldeten Unglücksfällen u. s. w. einen ganzen Kreis von Vorteilen bieten können, die nicht hoch genug eingeschätzt werden können.“

Im Zürcher Kantonsrat hat längst unser Genosse Kaufmann die Schaffung von gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Chauffeure beantragt, worauf der Regierungsrat diesen mitteilte, daß der schweizerische Bundesrat bereits den Entwurf zu einer besagten Verordnung den Kantonsgouvernements zur Begutachtung vorgelegt habe, in dem der Schutz des Personals, speziell bezüglich der Arbeitszeit und der Unfallversicherung vorgesehen sei.

Die schweizerischen Maschinenindustriellen haben einen besonderen „Arbeitgeberverband“, der als Genossenschaft ins Handelsregister eingetragen ist, zur Bekämpfung der Lohn- und Streikbewegungen der Arbeiter gegründet. Hartlos wird im Statut gesagt: „Zweck des Verbandes ist die einheitliche Behandlung und Erledigung von Fragen, die sich auf das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beziehen.“ Da sie schon seit Jahren einen Sitz der schweizerischen Maschinenindustriellen haben, so sind sie also doppelt organisiert. Sie vermögen eben auch mit ihren zwei Organisationen die Arbeiterbewegung nicht aus der Welt zu schaffen, denn es ist ein ehemaliges Wissen, daß sich mit der Notwendigkeit eines Raumgegesetzes durchsetzt und vollzieht.

Dieselbe gilt nun gegenüber dem lächerlichen Vertrag der Firma Sulzer in Winterthur, mit einer an die Arbeiter unentgänglich verteilten Brüderkäre dem kleinen Radhütten der Metallarbeiterorganisation und der Lohnbewegung der Arbeiter ein Stein zu stellen. „Schweizerische Sozialpolitie und Sozialismus“ ist der hierarchisch Ordnung heißt und „Von einem alten schweizerischen Industriellen für den armen Arbeiter“ ist er geschrieben. Der Autorenname hat sich selbst als Sulzer-Steiner der Rüt und Nachwelt vorgenommen. Die technische Hochschule in Rüttenscheid hat ihm voriges Jahr den Doktorhut verliehen für seine Verdienste auf dem Gebiet des Maschinenbaus. Und da ist zu zeigen, daß die Fabrik zufolge Fabrikate liefert. Daraus arbeiten aber auch die 3000 fähigen und intelligenten Arbeiter, die zahlreichen Techniker und Fügerneure mit. Wären die Maschinen der Firma einzig und allein besser als die Brüderkäre ihres Chefs, so könnte es leicht passieren, daß sie nach Mensch würden sie als entlastende bezeichnen. Der Brüderkäre bringt Sinn in, die Arbeiter zufrieden zu machen, genügend und befrieden, damit ihre geringen Löste in alle Ewigkeit beibehalten und die hohen Prozesse der schweren Maschinen ebenso für alle Zeiten gehoben werden können. Dagegen wird der Segen des Gewissens erfüllt, insonderheit von dem zunehmenden Glanz des Chrysanthemus und die Arbeiterschaft erwartet. Ungenierter kann man die Kapital und die Religion nicht zusammenbringen, aber auch nicht zusammenbringen und freier das Chrysanthemum komponieren, daß ja etwas gegen Beleidigung der beliebten Reichsmarinebrüder verhindert und verhindert wird. Kirchliche Chrysanthemus, dessen über Religion eine spätere herzogliche ist, sollten gegen jenen Widerstand, des Chrysanthemus aus seinem protestieren. In der beliebten Reichsmarinebrüder der Arbeiter, in dem gehoben guten Chrysanthemus zwischen Fabrikanten und Arbeitern jedes nachdrücklich die hohen Engagements huld sein. Wären sie nicht, so wäre für die Fabrikanten der Himmel auf Erden völlig frei von jedem trüben Wölfe. Leistung ist es auch, in die Schild in die Zukunft hinauszutragen, denn die Arbeiter werden mitschaffen und so gibt ihnen die Schilderung Lust, nicht über die Schlechtheit des Sozialismus, sondern über die Notwendigkeit. Gewissensbisse und den Angen der Arbeiterschaften werden, falls über die Mangelhaftigkeit der beliebten Reichsmarinebrüder Kirchliche Chrysanthemus aufkommen. Die Sulzer-Steiner war in Tat und Wahrheit nicht an berührt. Insofern es gekommen ist Arbeiter gerichtet, aber diese werden immer geringer. Arbeiterschaft und Arbeiterschaften haben sich sonst befriedigt und so ist das Segen das, das die Zukunft der ihr so wichtigen Engagements zentralen Chrysanthemus auf ihre eigenen Stufen gehoben und die Arbeiterschaft über Wasser hinaufgehoben hat. Es wird S alles unter Segen erfolgen!“

Berichte mit dem Prämienlohnsystem in Werkstätten der deutschen Reichsmarine.

Das Government, dessen Anfang für weitere Freiheit der Metallarbeiter keine Spurche hat und, wird seit längerem in der Torpedowerkstatt zu Friedrichsort vorgenommen. Es handelt sich um die Entwicklung einer der in Deutschland und Englanden bestehenden einfachen, leicht anzuwendenden Systeme zur Berechnung des Wertsatzes an Ende der Arbeit einzelner Arbeiter. Die beiden geistigen Erfindungen des Stroemerischen Systems erkennt man darin, daß es, in der Entwicklung des Prämienlohnsystems nach Siziere mit der Reparaturarbeit vergleichbar ist. Dass dies durch die Stroemerische Formel erreichte Ergebnis nach nur 1,5 Minuten erzielt werden soll.

Es handelt sich weiter, daß Siziere der Entwicklung in der Stroemerischen Formel am 21. Juni 1905 worden für die Erfüllung des Systems folgende Berechnungsvorrichtungen angegeben:

1. Die versuchsweise Einführung erfolgt für den gesamten Betrieb der Torpedowerkstatt.
2. Der Versuch soll etwa zwei Jahre dauern.
3. Die wiederkehrenden Akteure werden als feste Akteure bestimmt. Wird wegen wesentlich vereinfachter Fabrikationsmethode eine Änderung fester Akteure nötig, so werde ich die Ansicht des Arbeiterausschusses hören. Der Vereinbarung zwischen Akteurunternehmer und Torpedowerkstatt bleiben alle sogenannten Reparaturakte überlassen, ebenso alle neu auftretenden. Leichter werden so bald als möglich unter die festen Akteure aufgenommen.

Soll der Akteur beendet, wird die Prämie nach folgender Formel berechnet:

$$\text{Lohnvorschuß} \times \text{Gesamtaktkreditüberschuss} \times 1,5$$

Akkreditatz

Die ermittelte Zahl ist die Prämie oder der Akteur verdienst, die an den Akteurunternehmer, und wenn mehrere an einem Akteur gearbeitet haben, nach dem Verhältnis der auf den Akteur bereits bezahlten Lohnbeträge geteilt an die einzelnen Teilnehmer ausbezahlt wird.

Die Berechnung der Prämie soll an nachstehenden Beispielen erläutert werden:

1. Akteurdararbeit.

Preis	300,— Mt.
Lohnvorschuß	205,42 =
Überschuss	94,58 Mt.
94,58 × 100	= 46 Prozent.
205,42	

Prämienarbeit.

Preis	300,— Mt.
Lohnvorschuß	205,42 =
Überschuss	94,58 Mt.
205,42 × 94,58 × 1,5	= 97,14 Mt.
300	
97,14 × 100	= 47,3 Prozent.
205,42	

Gesamtkosten der Arbeit 302,56 Mt.

2. Akteurdararbeit.

Preis	300,— Mt.
Lohnvorschuß	200,— =
Überschuss	100,— Mt.
100 × 100	= 50 Prozent.
200	

Prämienarbeit.

Preis	300,— Mt.
Lohnvorschuß	200,— =
Überschuss	100,— Mt.
100 × 100 × 1,5	= 100 Mt.
300	
100 × 100	= 50 Prozent.
200	

Gesamtkosten der Arbeit 302,56 Mt.

3. Prämienarbeit.

Preis	300,— Mt.
Lohnvorschuß	200,— =
Überschuss	100,— Mt.
100 × 100 × 1,5	= 100 Mt.
300	
100 × 100	= 50 Prozent.
200	

Gesamtkosten der Arbeit 112,50 Mt.

4. Sogenannter verschärfter Akteur.

Preis	300,— Mt.
Lohnvorschuß	180,— =
Überschuss	120,— Mt.
120 × 120 × 1,5	= 108 Mt.
300	
120 × 100	= 60 Prozent.
180	

Gesamtkosten der Arbeit 232,— Mt.

5. Sollonewalter.

A. Preis	200,— Mt.
B. 50 =	à 35 = = 15,— =
C. 210 =	à 31 = = 71,40 =
D. 102 =	à 50 = = 50,50 =
200,— Mt.	
115,— Mt.	
200 × 115 × 1,5	= 109,50 Mt.
315	

Gesamtkosten der Arbeit 112,50 Mt.

6. Sollonewalter.

A. Preis	200,— Mt.
B. 50 =	à 35 = = 15,— =
C. 210 =	à 31 = = 71,40 =
D. 102 =	à 50 = = 50,50 =
200,— Mt.	
115,— Mt.	
200 × 115 × 1,5	= 109,50 Mt.
315	

Gesamtkosten der Arbeit 109,50 Mt.

7. Sollonewalter.

A. Preis	200,— Mt.
B. 50 =	à 35 = = 15,— =
C. 210 =	à 31 = = 71,40 =
D. 102 =	à 50 = = 50,50 =
200,— Mt.	
100,— Mt.	
200 × 100	= 51,76 Prozent.
200	

Gesamtkosten der Arbeit 109,50 Mt.

8. Sollonewalter.

A. Preis	200,— Mt.

<tbl_r cells="2" ix="4" maxcspan="1

wieder auszubessern, so daß sie nur 20 Mf. Lohn verbraucht haben, dann hätten sie im ganzen nur den folgenden Mehrverdienst erzielt:
20 Mf. \times 480 Mf. \times 1,5 = 29,80 Mf.

50

Trotz des hohen Vorarbeitslags haben demnach die Arbeiter nur etwas mehr als den doppelten Lohn verdient. Man erhält daraus, welche Bequemlichkeit das System schon in dieser Hinsicht dem Unternehmer gewährt. Ohne jegliche Kalkulation kann er Arbeiten vergeben, ohne auch nur irgendwie befürchten zu müssen, daß ihm ein Nachteil entstehen könnte. Das es mit der intensiveren Arbeitsleistung ebenfalls seine Richtigkeit hat, glauben wir vorhin schon nachgewiesen zu haben. Überall demnach offensichtlicher Vorteil für den Unternehmer.

Wie sieht die Sache denn nun aber für den Arbeiter aus? Bringt sie auch ihm irgend welchen Vorteil oder nicht? Abgesehen vielleicht davon, daß der Zeitlohn garantiert wird ob wenigen garantiert werden soll, ferner daß auf längere Zeit die Beibehaltung der Höhe der bestehenden Akkordpreise versprochen wird, so daß der Arbeiter bei gleicher Leistung vorweg auf einen bestimmten Überverdienst rechnen darf, ist absolut nicht ersichtlich, was daran wohlbefindendes Erstrebbares, für ihn herauspeinigen sollte. Im Gegenteil, die Sache birgt so manches in sich, was nur zu sehr dazu berechtigt, ihr mit dem größten Misstrauen zu begegnen. Da der Vorteil des Unternehmers erst mit dem Augenblick beginnt, wenn der sonst übliche Überverdienst überschritten ist, wird er nötigemäß bestrebt sein, dahin zu wirken, daß die Leistung des einzelnen sich immer intensiver gestaltet. Durch immer stärkeres Anstreben werden seine Beauftragten und er selbst versuchen, dieses Ziel zu erreichen. Wie aber die Erfahrung lehrt, wird das bei vielen, namentlich solchen Leuten, denen der Begriff Solidarität noch fremd ist, von Erfolg sein. Die weitere Folge ist dann, daß schwächere, namentlich ältere Arbeiter nicht mehr konkurrieren können mit jenen, die aus purem Eigennutz das allgemeine Interesse ihrer Arbeitskollegen hintergehen. Das aber wird weiter bedingen, daß der Unternehmer sich über derjenigen entscheidet, deren Arbeitskraft für ihn nicht mehr die genügende Intensität besitzt.

Was außerdem noch ganz besonders gegen die neue Einrichtung spricht, ist die große Ungerechtigkeit, die darin offenkundlich auftritt. Während bei der alten Berechnung jeder Arbeiter bei gleicher Leistung auch den gleichen Verdienst zu beanspruchen hatte, schädigt die neue den, der einen geringeren Lohn besitzt; trotz der gleichen Leistung des Arbeiters — und das ist das charakteristische bei dieser Art der Berechnung — steigt und fällt der Akkordpreis mit der Höhe des gewöhnlichen Stundenlohns des betreffenden Betriebs. Das ist leicht wahrzunehmen an dem nachfolgenden Beispiel: Bei einem Akkord in Höhe von 12 Mf. würde sich der Überverdienst bei der gleichen Arbeitsdauer von etwa 50 Stunden wie folgt gestalten:

Sohnvorschuß	8 Mf.
Überschuß	4 =
Prämie	$8 \times 4 \times 1,5$
	12

Bei 50 Stundenlöhnen:

Sohnvorschuß	8 Mf.
Überschuß	4 =
Prämie	$8 \times 4 \times 1,5$
	12

Der Akkordpreis wäre mithin um 50 Pf., das heißt auf 12,50 Mf. gestiegen. Da der Unternehmer jedoch wohl kein Interesse daran haben wird, sich die Arbeit selbst zu verteuern, steht zu erwarten, daß er den Akkord jemand überträgt, der in einer niedrigeren Lohnstufe steht als die beiden vorliegenden. Bei einem Stundenlohn von 82 Pf. würde die Sache sich nämlich so gestalten:

Sohnvorschuß	6,40 Mf.
Überschuß	5,60 =
Prämie	$6,40 \times 5,60 \times 1,5$

Bei 50 Stundenlöhnen:

Sohnvorschuß	6,40 Mf.
Überschuß	5,60 =
Prämie	$6,40 \times 5,60 \times 1,5$

Bei 50 Stundenlöhnen:

Sohnvorschuß	12
--------------	----

Der Akkordpreis wäre mithin um 50 Pf., das heißt auf 12,50 Mf. gestiegen. Da der Unternehmer jedoch wohl kein Interesse daran haben wird, sich die Arbeit selbst zu verteuern, steht zu erwarten, daß er den Akkord jemand überträgt, der in einer niedrigeren Lohnstufe steht als die beiden vorliegenden. Bei einem Stundenlohn von 82 Pf. würde die Sache sich nämlich so gestalten:

Sohnvorschuß	6,40 Mf.
Überschuß	5,60 =
Prämie	$6,40 \times 5,60 \times 1,5$

Bei 50 Stundenlöhnen:

Sohnvorschuß	12
--------------	----

Aufstatt 12 Mf. beträgt demnach in diesem Falle der Gesamtpreis für den Akkord nur 10,88 Mf. Das ist ein Betrag von 1,12 Mf., daß dem Mindestlohnlohn noch gewonnen wird, damit es dem Unternehmer als gute Beute zustießt. Dem an und für sich schon am miserablen gestellten Preis der Arbeiterschaft wird demnach durch das neue Berechnungsprinzip noch obendrein eine Extratrete aufgelegt und zwar einzig und allein zu dem Zwecke, um dem Unternehmer einen Profit zu verschaffen.

Die beteiligte Arbeiterschaft hat deshalb alle Ursache, auf der Hut zu sein. Den offensären Wängeln der neuen Einrichtung vermag sie nur dann mit zumutbarer Gegenwehr zu treten, wenn sie ehrig zum gemeinsamen Handeln ist. Nur die frivile Gründung des Solidaritätsprinzips kann sie darum bewahren, daß größte Schädigung für sie entsteht.

A. E.

Dr. Beumer und die Hüttenarbeiter.

Es ist begrifflich, daß Dr. Beumer nach der vorausliegenden Anfrage, die Genossen hier im Fleischtag gegen die Unternehmer der Hütten- und Walzwerke ergab, die Bedeutung der Arbeit in diesen Betrieben in ein möglichst günstiges Licht zu stellen vertrat. Ebenfalls begreiflich ist, daß er verachtet hat, es als unanständig hinzuholen, daß ein Arbeiter der Friedrich-Wilhelmsche Eisenbahn (Hagelschau) vom 1. bis 15. Oktober 1903 mit 12 Mf. verdient hat, die ihm dann für Einschreitungen in die „Wohlfahrtanstalten“, für Mietage (5,40 Mf.) u. s. w., entzogen wurden. Wenn wir so viel Zeit und Arbeitszeit für Verzüglichkeit hätten, wie Dr. Beumer, und alles noch genauer verfolgen könnten, dann würde man über die unmenschlichen Zustände auf den Eisenbahnen noch mehr, viel mehr Material zutage fördern. Mag doch Dr. Beumer einmal die Unglücksfälle auf der Friedrich-Wilhelmsche Eisenbahn annehmen lassen, aber auch sonst die Verhältnisse in den größten Werken nicht durch die Unternehmerseite betrachten, dann wird er es nicht als bestätige finden, was unsererseits behauptet wird.

Was es zum Beispiel mit der gefährlichen Existenz eines Arbeiters auf dem Stahlwerk Hösch in Dortmund für einen Betriebsteil hat, darüber zeigt folgender Fall. Ein Vorarbeiter vertratete auf dem Werke in Jahre schwere Arbeit, die auch dem härtesten und kraftigsten Menschen an der Gesundheit schadet. Der Arbeiter mußte in den letzten beiden Jahren des Eltern seines Sohn sein, daß er die schwere Arbeit als Vorarbeiter nicht mehr vertragen kann. Gehört auf seine 16jährige treue Dienstverfügung wurde er sich verantwortlos an die Firma und erfuhr, ihm eine leichtere Beschäftigung zu geben. Er erhielt darauf folgenden Brief:

Eisen- und Stahlwerk Hösch,

Aktiengesellschaft in Dortmund.

Dortmund, 5. Juli 1903.

Herrn hier

Ja Beantwortung Ihrer Anfrage vom 16. vergangenen Monats teilen wir Ihnen mit, daß wir Ihnen auf unserem Werke keine Beschäftigung zu gewähren denken, die Sie, ohne eine Verschärfung des bei Ihnen bestehenden Leidens zu

gewärtigen, auszuführen vermögen. Wir raten Ihnen, beim städtischen Arbeitsnachweisbüro zur Errangung einer Ihnen zuträglich erscheinenden leichten Beschäftigung vorstellig zu werden oder die Weiterzahlung der Ihnen seinerzeit entzogenen Invalidenrente zu beantragen.

Achtungsvoll
Eisen- und Stahlwerk Hösch, Aktiengesellschaft in Dortmund.
Springorum.

Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, er konnte gehen. Also: leichte Arbeit gibt es auf dem Werke nicht, deshalb verwies man den Arbeiter auf die Invalidenrente. Die Pensionskasse, die Albert Hösch-Stiftung des Werkes hat viele Hunderttausende Vermögen — warum half man mit diesen Wohlfahrtseinrichtungen nicht aus?

Aber — dem Manne wurde doch geholfen. Am 6. Juli, also einen Tag später, bekam der Arbeiter folgenden Brief mit dem Bauspahld: Eisen- und Stahlwerk Hösch, Aktiengesellschaft in Dortmund.

Dortmund, den 6. Juli 1903.

Herr
hat in der Zeit vom 30. August 1900 bis 30. Juni 1900 und vom 15. September 1895 bis Mitte Dezember 1904 in unserer Abteilung Drahtwalzwerk als Vorarbeiter und Blöckenschmied gearbeitet, sich stets gut geführt und bis Ende 1903 auch regelmäßig gearbeitet, dann aber infolge Krankheit viel gesiebert und wünscht sich jetzt, da er der schweren Hüttenarbeit nicht mehr gewachsen, um andere leichte Beschäftigung umzusehen.

Wir wünschen ihm das Beste zu seinem weiteren Fortkommen.
Abteilung Drahtwalzwerk.
Friedr. Rosenbaum.

Der Betriebschef.

Man wünschte dem Arbeiter „das Beste“ zu seinem weiteren Fortkommen. Ist es nicht der reinste Hohn, was man dem Arbeiter in dem Schreiben hieret? Ich erinnere nur an das Schreiben der Leverkusener Farbwerke, wonach ein Arbeiter nicht unter 21 und nicht über 45 Jahre alt sein darf, wenn er Beschäftigung haben will, dazu muß er noch gejagt sein. Auf diesem Standpunkt stehen die reinen Werke! So steht es um die „gefüllte Kompositkasse“ der Arbeiter; wenn sie nicht mehr schwer arbeiten können, entläßt man sie und wählt ihnen zu ihrem späteren Fortkommen „das Beste“. Leben wir nicht in der besten aller Welten? Besser kann doch die Fürsorge nicht zutage treten von einem Werke, das im letzten Jahre zwölfe Prozent Dividende verteilt.

Auf der Henrichshütte arbeiten in der mechanischen Werkstatt 200 Arbeiter. Ein Abort ist für die Leute nicht vorhanden. In der neuen mechanischen Werkstatt müssen die Arbeiter das Eisen hinter der Bank einnehmen. Als ein Arbeiter einmal seinen „Henselmann“ auf den Schrank gestellt hatte, sagte der Betriebschef lüftig: „Werfen Sie das Nachgeschirr herunter.“ Der Mechanist muß zwei Maschinen und einen Laufkran bedienen. In der Dreherei arbeitete ein Arbeiter von Samstag morgen 8 Uhr bis Montag abend 6 Uhr mit Unterbrechung von zwei Stunden (eine Pause von einer Stunde und eine von drei Stunden) durch. In der elektrischen Werkstatt arbeitete der Vorarbeiter Hölsmann fünf Schichten (drei Tag- und zwei Nachschichten) hintereinander durch mit einer Pause von unterhalb Stunden. Drei Arbeiter teilten mit, daß im Abwinkel eine Rute im Kaffeekessel gefunden wurde. Halbverweste Matten lagen, nachdem der Kammerträger seines Alters gewalzt hatte, hinter und in den Schränken in der Kapuze.

Auf dem Hörder Verein, Abteilung Hertha-Hütte, sind die elektrischen Leitungen so mangelsch, daß der Strom in die ganze Eisenstruktur geht. Ein Zimmermann namens Koch sollte dort Laten anbringen, dabei kam er der 3000-voltigen Leitung, die mit blankem Bindedraht oben befestigt war, zu nahe — er war sofort eine Leiche. Zwei Tage darauf, kurz bevor die Unfalluntersuchungskommission kommen sollte, machte sich der Betriebsführer Göttinger der elektrischen Abteilung an der selben Stelle zu schaffen, wahrscheinlich um den Bindedraht durch Isolierdraht zu ersetzen. Er kam aus den beiden Leitungen der 3000-voltigen Hochspannung zu nahe und war ebenfalls sofort eine Leiche.

Was man sich angehört solcher Vorwürfe nicht fragen: Wo bleibt da die Fabrikinspektion? Wie kann derartiges vorkommen im Reiche der Sozialreform? — Aber nur Geduld; wir werden noch Gelegenheit bekommen, die Zustände ausführlicher vor die breite Öffentlichkeit zu bringen, mag sich Herr Dr. Beumer noch so sehr aufs Abstreiten verlegen.

R. Sp.

Auf dem Hörder Verein, Abteilung Hertha-Hütte, sind die elektrischen Leitungen so mangelsch, daß der Strom in die ganze Eisenstruktur geht. Ein Zimmermann namens Koch sollte dort Laten anbringen, dabei kam er der 3000-voltigen Leitung, die mit blankem Bindedraht oben befestigt war, zu nahe — er war sofort eine Leiche. Zwei Tage darauf, kurz bevor die Unfalluntersuchungskommission kommen sollte, machte sich der Betriebsführer Göttinger der elektrischen Abteilung an der selben Stelle zu schaffen, wahrscheinlich um den Bindedraht durch Isolierdraht zu ersetzen. Er kam aus den beiden Leitungen der 3000-voltigen Hochspannung zu nahe und war ebenfalls sofort eine Leiche.

Was man sich angehört solcher Vorwürfe nicht fragen: Wo bleibt da die Fabrikinspektion? Wie kann derartiges vorkommen im Reiche der Sozialreform? — Aber nur Geduld; wir werden noch Gelegenheit bekommen, die Zustände ausführlicher vor die breite Öffentlichkeit zu bringen, mag sich Herr Dr. Beumer noch so sehr aufs Abstreiten verlegen.

Siebzehn Arbeitnehmer sind in den letzten Tagen auf dem Hörder Verein verstorben.

Ein Betrieb, der 1000 Arbeiter beschäftigt, hat 17 Tote.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich, daß 17 Tote in einem Betrieb vorkommen.

Was kann man sich angehören? Es ist unmenschlich,

genommen: „Den Verbänden wird empfohlen, eine Bestimmung in das Statut aufzunehmen, die den Übertritt der Mitglieder in einen anderen der Generalkommision angeschlossenen Verband nach folgenden Grundsätzen regelt: 1. Die Mitglieder, welche zu einem anderen Beruf übergehen und sich in der Organisation, der sie bisher angehörten, regelrecht abmeldeten und die Beiträge voll entrichtet haben, sind vom Beitragsfond in der anderen Organisation befreit. 2. Die Dauer der Mitgliedschaft, die das Mitglied in seiner bisherigen Organisation erreicht hatte, ist in der Weise anzurechnen, daß die geleisteten regelmäßigen Verbandsbeiträge summiert werden und auf Beiträge der neuen Organisation umzurechnen sind. 3. Die durch Unrechtmäßigkeit sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt auf die in der neuen Organisation vorgesehene Kartei und auf alle vorhandenen Unterstützungsseinrichtungen in Anwendung. Im Unterstützungsfall gilt die Kartei, die nach den Bedingungen der bisherigen Organisation zwischen der letzten und der neu zu beziehenden Unterstüzung zu liegen hat.“

Die Vertreter der Steinleiter und der Gärtnerei legten die Annahme einer Resolution durch, die das Eindringen des Verbandes der Gemeindearbeiter in solche Berufe mißbilligt, die gemäß früheren Konferenzbeschlüssen diesem Verband fernzuhalten seien. Der Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen wandte sich gegen die Sonderorganisation der Angestellten in Geschäftsbetrieben. Nach der Erklärung, daß der Antrag nicht unter allen Umständen eine Verschmelzung des bereits der Generalkommision angeschlossenen Lagerhalterverbandes mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen fordere, wurde ersterer gegen zwei Stimmen in folgendem Vorlaut angenommen: „Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konkurrenz ist prinzipiell zu verwerfen. Diese Angestellten und Arbeiter sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband anzugehören und dort an dem gewerkschaftlichen Kampfe gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gefamten Betriebsangehörigen teilzunehmen.“ Mit einer weiteren Erklärung des Vorstehenden, wonach demnächst eine Ausprache der Verbandsvorstände der Handlungsgehilfen und Lagerhalter über eine anbahnbare Verschmelzung stattfinden soll, erklärten sich die beiderseitigen Vertreter einverstanden.

Die der Konferenz von Kölner Gewerkschaftskongress überwiesenen Anträge, betreffend Aufstellung eines Gewerkschaftskreisels für Rheinland - Westfalen und eines Arbeiterkreisels für R - Gladbach - Aachen, wurden abgelehnt, da der erstere zum guten Teile durch Schaffung einer Aquivalenzcorrespondenz in Düsseldorf, der letztere durch zahlreiche Anstellungen von Gewerkschaftsbeamten in dortigen Bezirks als erbracht gelten würden.

Hinsichtlich der Errichtung von Unterrichtsstufen unterbreitete die Generalkommision folgendes Programm der Segregation der Konferenz: 1. Die Vorbereitung und Durchführung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse erfolgt durch die Generalkommision. 2. Zunächst finden in den Monaten September und November 1904 Kurse statt. Vortragende und Vertreter sind in beiden Monaten dieselben. Die Kurse werden im Saal 3 des Berliner Gewerkschaftshauses abgehalten. 3. Die Anzahl der Teilnehmer ist auf fünfzig beschränkt. 4. Jeder Kursus dauert vier Wochen. Während dieser Zeit werden an jedem Freitag vier Vorfahrungen gehalten. Außerdem finden täglich zwei Diskussionsstunden statt. In den Diskussionsstunden wird unter Leitung des betreffenden Lehrers einer der behandelten Lehrgegenstände besprochen. 5. Die Vorträge, die je dreiviertel Stunde dauern, finden jost vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 4 Uhr. Die Diskussionsstunden sind von 4 bis 6 Uhr. 6. Die Teilnehmer an Saal 3 haben die Verpflichtung, sämtliche Vorträge und Diskussionen zu besuchen. Über die Teilnehmer wird ein Kontrollbuch geführt. 7. Zur Teilnahme sind berechtigt in erster Linie die beförderten Gewerkschaftsbeamten, gleichviel ob die Kosten von ihnen selbst oder von den betreffenden Organisationen getragen werden. In zweiter Linie kommen diejenigen in Betracht, die vor einer Organisation auf Organisationsstellen eingesetzt werden. Sollte dazu noch Platz vorhanden sein, so kann aus anderen Gewerkschaftsmitgliedern die Teilnahme gestattet werden. 8. Bei Unterrichtsstufen unangeführten beförderten Gewerkschaftsbeamten kann, wenn es das Blatt erlaubt, gefordert werden, daß an einzelnen Sonntagen und den dazu gehörenden Diskussionsstunden zu berichten. 9. Die Ausgabe für Schule und Schriften beurteilt die Generalkommision. Die Aufenthaltskosten der Schüler sind, soweit sie nicht selbst getragen werden, von den Organisationen zu zahlen, die Schüler tauschen. Für die Kurze und folgende Vorträge ist Ansicht gegeben: 1. Theorie und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 2. Die gegenwärtigen Gewerkschaftsbewegungen in Deutschland. 3. Die Gewerkschaftsbewegung im Ausland. 4. Die Sicherungsgegenstöße. 5. Die Gewerkschaftsvereinigungen. 6. Die Gewerberede. 7. Einjährigkeit in der Nationalversammlung. 8. Kartell und Unternehmensvereinigungen. 9. Verteilungsfrage der Staatskasse. 10. Eintritt in die gewerkschaftliche Partei. 11. Nachprüfung und Kaufmännischer Bericht.

Zu erwägen war, ob Spezialkurse für Arbeiterschule, Rechtskunde, Kostenrechnung u. s. w. den allgemeinen Kursen vorzuhängen seien. Die Generalkommision entschied sich, dass der kürzere Durchführbarkeit der ersten für den vorliegenden Semester, da das größere Verhältnis nach allgemeinen Kursen verhängt sei. Bei der Erneuerung der Lehrtäte können dies zeitig umgedreht, da in Berlin und Umgegend dominanter, in Brandenburg. Später könne die nötige Anpassung von Lehrbüchern in Aussicht gestellt werden. Dagegen ist die Fortsetzung des Lehrkurses ausgeschlossen. Die Fortsetzung der Lehrtäte sei darum zu beantragen, dass Lehrtäte gewährt werden können. Nach längeren Diskussionen fand das Programm der Generalkommision allgemeine Billigung.

Die Erfolgerungen aus dem jüngsten großen Streik und Aussperren wurden in rechtlicher Weise erörtert: doch konnte dieser Meinungswidrigkeit ein endgültiges Ergebnis nicht zugesagt werden, da auch die Gewerkschaften der engen Gewerkschaften über die eingeworbenen Fragen einig waren.

Zu jüngsten Zusammenkünften steht der folgende Tagesordnungspunkt: „Partei und Gewerkschaften, in denen Partei und Gewerkschaft über eine Reihe internerer Fragen einig waren. Sofern Partei und Gewerkschaft auf der Generalkommision, insbesondere auf dem jüngsten und freie Arbeitsschule, eben während und nach dem großen Streiktagen und Aussperren bestimmt, aber noch nach dem Sozialen Gewerkschaftskongress, wurde in dieser Tagesordnung und in der Herstellung der Gewerkschaftsinteressen eingehender Berücksichtigung ein Einheitskampf geplant. Bei einer Vereinigung der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterschaftung in den gewerkschaftlichen Organisationen und in den letzten Jahren des proletarischen Kampfes, ist aller Sicherheit nach oben gering, eben so wie es die Gewerkschaften und die Politische Partei sind. Da nun diese Aussicht besteht, sofern über jüngste Lagen, wenn nicht des Vierter des jüngsten Gewerkschaftskongressen bei jüngster und freier Arbeitsschule und Gewerkschaften ist es die Wahl der Gewerkschaftskonferenz, welche Prognose zu jüngsten Aussichten und zur Solidarität und dem Erfolg des Gewerkschaftskongresses ausgewogene Gewerkschaftsinteressen gegenüber zu fordern. Doch sollte die Fortsetzung in Zukunft und freier dem Gewerkschaften der gewerkschaftlichen Arbeitung angezeigt sein und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gewerkschaftskongress ist nach wie vor bereit, sofern die gewerkschaftliche und politische Arbeiterschaftung gemeinsam bestimmten Prognose und nicht der Sättigung der Gewerkschaften, wie ja sonst die Gewerkschaften außerordentliche Gewerkschaften. Das Gew

Korrespondenzen.

Former.

Osnabrück. Der Streit der Former bei der Firma H. W. Orthmann ist durch Verhandlungen zwischen der Organisationsvertretung und der Firma nach sechzehntäglicher Dauer beendet. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt, nachdem die Arbeitswilligen entlassen sind.

Metallarbeiter.

Aachensleben. Die in der Aachenslebener Maschinenbau-Aktiengesellschaft beschäftigten Metallarbeiter aller Berufe hielten am 11. März eine stark besuchte Werkstattbesprechung ab. Es wurde Bericht gegeben über die am 26. Februar eingereichten Forderungen. Der Bezirksleiter Otto Voss berichtete, daß bei der Organisationseleitung bis zum festgesetzten Termine (10. März) auf ihre Anschriften an die Direktion der Aachenslebener Maschinenbau-Aktiengesellschaft keine Antwort eingegangen sei. Es sei aber zweckdienlich, weiter zu verhandeln. Hält es die Direktion für ausgeschlossen, auf die seitens der Arbeiterchaft durch ihre Organisation gestellten Anträge sich zu äußern (ein Standpunkt, der selbst von großen Unternehmensorganisationen verurteilt wird), so sollen die Arbeiter von neuen, und zwar persönlich an die Direktion herantreten. Die aufgestellten Forderungen seien zwar sehr bescheiden, innerhalb sollten die Anwohner sich mit dem Umstand einer Arbeitseinstellung vertraut machen. Vorher sollen jedoch alle Mittel in Anwendung gebracht werden, die einen Streit verhüten. Zum Zweck der Übergabe der Forderungen an die Direktion wurde eine Kommission von 15 Mitgliedern gewählt. Diese wählt, nachdem die Forderungen der einzelnen Betriebe auf ihre Altituden reduziert sind, aus ihrer Mitte drei Kollegen, welche bei der Direktion die Forderungen vertreten sollen. Den in den verschiedenen Zeitungen gemachten Arbeitsergebnissen soll nicht durch Repressalien begegnet werden. Natürlich wird von den Verteilten erwartet, daß im gegebenen Maße diese die Arbeit mit niedergelegen.

Plaußig (Böhmen). Durch die Steuerungsverhältnisse gezwungen, haben die Arbeiter der Armaturenfabrik von Schäffer & Budenberg am 8. März der Firma ein Memorandum überreicht, wherein sie eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden, Lohnzehrung, Einführung von Minimallohn, Freigabe des 1. Mai, Auflösung von Vertragsvereinbarungen u. s. w. verlangen. Von dem Verteilungskomitee der Leitung des Betriebs wird es abhängen, ob eine Einigung darüber zustande kommt. Auf alle Fälle bitten wir vorläufig den Zugang fernzuhalten.

Berlin. Die hiesige Verwaltungsstelle hießt am 4. März in der Neuen Welt ihre ordentliche Generalversammlung ab. Kollege Cohen erläuterte zunächst den Jahresbericht von 1905, der den Mitgliedern gedruckt eingehändigt worden war. Danach sind im versessenen Jahre 15 Angriffs- und 20 Abwehrkrisen zu verzeichnen, abgesehen von den Bewegungen, die ohne Arbeitsniedrigung vor sich gegangen sind und deren Anzahl eine ganz bedeutende ist. Die Anzahl der an den Streiks Beteiligten war wohl nicht sehr groß: Dieser größer ist die Beteiligung an der Aussperrung in der Elektroindustrie mit rund 30000 Personen gewesen. Außer dieser stand noch eine kleine Aussperrung statt, an der 90 Kollegen beteiligt waren. Die Mitgliederzahl ist von 44875 im Jahre 1904 auf 57278 Ende 1905 gestiegen. Leider ist die Fluktuation immer noch eine sehr große. Die Mitarbeiter ist im vergangenen Jahre von einer bedeutend größeren Anzahl von Kollegen durch Arbeitsruhe begangen worden und ist für dieses Jahr ebenfalls eine Zunahme der Ferierenden zu erwarten. Anschließend hieran bemerkte Redner, daß Genossen Hebel zugesagt hat, in diesem Jahre bei den Metallarbeitern am 1. Mai zu sprechen. Der Arbeitsnachweis ist im vergangenen Jahre wiederum bedeutend stärker in Anspruch genommen worden. Es waren 2125 Meldungen gegen 16029 im vorigen Jahre, vermittelte Stellen 9114 gegen 7055. Beim Kapitel Rechtschutz gehörte der Redner die Rechtsnachricht, die jetzt herrscht; das Streikvotestenrecht ist erlaubt, wer es jedoch ausübt, verboten gegen politische Verordnungen, gefährdet die Ordnung und Sicherheit im Verkehr u. i. w. Zum Schluß erinnerte er bei der Besprechung des Berichtes ein klein wenig lächelnd an die gegenwärtige Lage unserer Verwaltung und die Raumzuvernahme unserer Organisation durch die zurzeit schwedenden Bewegungen zu rechnen. Peßhold gab darauf den Abschlußbericht vom zweiten Quartal 1905. Einnahme und Ausgabe balanzierten bei der Hauptstelle mit 527095,95 M. Von den Ausgaben erschöpft die Drucksatzung 39378,35 M., die Streikunterstützung 261434,25 M., die Abstimmung 8602,65 M., der Rechtschutz 9761,57 M. Von den Haushalte war ein Zuschuß von 235000 M. benötigt. Die Postkasse schloß ab mit 426059,97 M.; aus ihr wurden unter anderem Streikunterstützung 156395,25 M. geleistet. Am 31. Dezember 1905 bestand der Haushaltstand 227622,75 M. Zur Unterstützung der bei der Aussperrung in der Elektroindustrie beteiligten Metallarbeiterlichen und Unorganisierten waren eingegangen 141224,91 M. Die Haushaltsumrechnung für 1905 bilanzierte mit 1502946,22 M. bei der Hauptkasse, darunter Ausgaben für Streikunterstützung 78525,84 M., Drucksatzung 165922,59 M., für Nacharbeit 55863,10 M., Rechtschutz 62016,97 M. Die Postkasse bilanzierte mit 1057522,21 M., dabei Ausgabe für Streikunterstützung 35431,90 M. Der Haushalt umfaßte 230797,45 M. Überlassen werden. Für Doppelbeträgen anlässlich des Streiks und der Aussperrung in der Goldwarenindustrie gingen 218228 M. ein. Anschließend an diesen Bericht gab Peßhold nähere Auskunft über den Stand unseres Verbandsstaates am Ende. Er wies das Gerücht, wonach der Baugrund so fürchterbar feucht und das Grundstück demnach zu teuer bezahlt sei, als übertrieben zurück. Auf Antrag des Kollegen Schmidt, der neuerdings der Arbeitsaufsichtsrat für den Betrieb beantragt, wird dieser entlastet. Die daraus vorgenommenen Wahlen ergaben: Cöger, erster Bevollmächtigter mit etwa drei Viertel Majorität; zweiter Käffner Henning, Redner G. Schmidt, Beisitzer Menz und Büse. Einem Antrag der Verwaltung, dem zweiten Käffner und dem Auszahler der Drucksatzung ein Mandat pro Person und Quartal von 25 M. zu bewilligen, stimmte die Versammlung zu. Cöger erfuhr die Kollegen, soweit es ihnen möglich ist, um Einen für die zufälligen Freibekämpfer zu sammeln. Die Berliner Metallarbeiter mögen auch hierbei wieder beteiligt werden, daß sie, wie auch sonst in allen Fällen, ihre Schuldigkeit zu tun wissen. Ein eingesetzter Antrag, zu diesem Zwecke am Schluß der Versammlung eine Teilsessionierung zu veranstalten, wurde zur Ausführung gebracht. Zum Schluß erinnerte Cohen, die Kollegen würden in den nächsten Wochen ihr Käffneramt auf das kommende richten. Er wies auf die große former- und Gießereiarbeiterbewegung hin, die auch für Berlin von Bedeutung sei und solos mit dem Wunsche, daß diese Bewegung zum Wohl der Kollegen ausfallen möge, die Versammlung.

Essen. In der Maschinenfabrik Union, wo bis vor kurzem außer in der Formerei die Organisation viel zu wünschen übrig ließ, ist nun ein dezent Vertrag eingezogen. Die Kollegen verfügen, daß sie ohne einen seien Zusammenhalt niets die Zeche besetzen müssen, sie treten deshalb zusammen und schließen sich der Organisation an. Das ging der Union wider den Strich und mußte getrocknet werden. Früher waren die Arbeiter immer so nett und artig, veranstalteten Verhaftsfeste, wobei die oberen und niederen Beamten zugeworfen wurden. Mit dem Rücken der Organisation werden diese Schwärmereien von selbst schwanden. Bis jetzt hat die Union zwei Kollegen gemacht, die sie glaubt damit die übrigen abzuschrecken zu können. Gute Erfolg! Bei der jetzigen Geschäftslage lehne ich entlassen, für die Union Schützen. Zum höheren Verständnis der auswärtigen Kollegen wollen wir in kurzen Zügen das Paradies Union schützen, damit ich recht viele Kollegen diesen Plauschbetrieb von außen ansehen. In der Formerei sieht es wie in einer Gedankenwelt aus, es liegt alles drittes und dritter, Ordnung ist dort und kommt. Wie die Konstitution der Formerei von dem Verteilungskomitee freilich so wird zwar alles versprochen, aber nicht gehalten. Das Deutschen beim Alsfeldmachen ist an der Tagesordnung. Wied der Fabrik sind seit circa 20 Jahren prozentual bis zu 25 Prozent ge-

Meister Meier gefragt, wie es mit dem Preise irgend einer Arbeit stehe, so erhält der Formerei die Antwort: „Ich will gleich nachsehen, oder er kennt einen Preis, bei dem der Formerei gezwungen ist, die Arbeit liegen zu lassen, bis Ingenieur und Meister sich endlich quämen, einen anderen Preis zu nennen. Doch meistens läuft auch dieser viel zu wünschen übrig. Formerei wird dort die Arbeit so ungleichmäßig verteilt, daß die Formerei oftmals tagelang unverstehen müssen. Es erweckt den Anschein, als wenn nicht der Formereimeister, sondern der Schreinermeister in der Formerei zu bestimmen hat. Oft haben sich die Arbeiter darüber beschwert, daß der Raum so unträglich sei, doch es bleibt beim alten. In der Lehrlingsformerei versteht es der Meister Hoffmann, Leute mit guten Versprechungen einzuladen; aber der Pfarrdeßus kommt mit Vorschein, wenn die Leute einmal hier sind, sie merken dann, daß sie genutzt sind. Der eine Auschluß entsteht nur durch die Dreherei der genannten Meister. Dieses müste den vielen Beamten doch auch einleuchten. Die Löhne der Hilfsarbeiter sind auch viel zu niedrig: 3,10 und 3,20 M. — In der Montagehalle sieht es nicht besser aus wie in der Formerei. Wer ein guter Turner ist, kommt in diesem Fregatten am besten durch. Die Beleuchtung ist der Neuzeit entsprechend zwar elektrisch, aber wie? Die Heizung für diese Halle ist Gottvoll, drei Öfen. Patent Union, senden ihre Wärme zum Dache hinaus, den Spalten zur Freude. Kleiderbüchsen, Badearmstall, kennt man nicht. Doch bald hätten wir uns verschrieben, für die Formerei ist eine Badearmstall vorhanden, aber nach neuem Wege, mit kaltem Wasser. Die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig. Dem Meister Krahwinkel, der ein unrammer Zentralschrein ist, können nicht genügend Überlunden gemacht werden. Sechzehnzig Stunden sind bei ihm nichts selenes, sein eigener Sohn muß oft Sonntagarbeit verrichten, jedenfalls, um ihn vor der Verführung zu bewahren, der ist ein junger Mensch außerhalb der Fabrik aufgewacht ist. Wenn Meister Krahwinkel weißlich auf die Sozialdemokraten schwört, so darf man ihm das nicht übernehmen, er hat weiter nichts gelernt. Der Betriebsleiter lädt auch nichts zu wünschen übrig, er benutzt jedes Mittel und jede Rüte in der Bretterwand, um die Arbeiter beim frühen Waschen zu überraschen, er läßt sich sogar von den Arbeitern die Hände vorzeigen. Und auf diesem Eldorado wagt man noch Arbeiter hinzuzuwiesen, ohne zu bedenken, daß es für jeden Arbeiter ein Segen ist, wenn er hinaussteigt. Nun, sobald die Sonne höher steht, ziehen die Kollegen von selbst. Die Sperre bleibt bestehen, und so kommt die Union auch nicht in die Verlegenheit, zu viel Arbeit zu beauftragen. Eine Siede ist eben das andere wert. Wir ersuchen die Kollegen, die Union in Essen wenig zu rütteln.

Görlitz. Seit drei Wochen stehen die Metallarbeiter, Dreher, Kermacher, Schleifer und Vermüller, 125 an der Zahl, in Streik, um einen Minimallohn und den Feiertagsonntag zu erringen. Da unsere Unternehmer versuchen werden, in Deutschland Streitbrecher zu engagieren, so ersuchen wir, den Zugang nach hier fernzuhalten.

Klaipeda i. Th. Die Arbeitsverhältnisse in der Lehrmaschinenfabrik von Schmidt & Co. lassen gar manches zu wünschen übrig. Vor allem ist es der Werkmeister Pöhl, der früher, als er in Braunschweig arbeitete, selbst Verbandsmitglied war, der die Arbeiter drangsaliert und mit Redenarten bestimmt. Wenn einer eine Arbeit abschafft und sie in ihm nicht gut genug, sagt er: „Das kann ein Volontär und Lehrling besser: da braucht ich keine Schlosser.“ Und: „Sie sind dümmer als mein hinterer.“ Wenn es nicht paßt, da ist die Tür! Solche und andere schändlichen Redenarten führt dieser noble Werkmeister. Die Arbeitszeit ist sehr unregelmäßig, sobald es einem etwas flott geht, und gleich bis 12 Uhr nachts gearbeitet werden, auch an Sonntagen, aber ohne Sonnenaufschlag. Waschvorrichtung und Abort sind für die 30 bis 35 Mann ganz ungenügend. Die Schlosserwerkzeuge sind in schlechtem Zustand. Nur diese Missstände zu befeitigen, müssen vor allen künftliche Arbeiter dieser Fabrik im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sein. Darauf Kollegen, lasst die persönlichen Interessen und Beziehungen sein, geht geschlossen vor und die Missstände werden bald beseitigt sein.

Mannheim. Erfreuliche Fortschritte macht die hiesige Verwaltungsstelle. In den ersten zehn Wochen dieses Jahres waren über 1000 Neuanschaffungen zu verzeichnen. Ein frisches, frisch-fühliges Leben hat in der Mannheimer Metallarbeiterischen Einigung gehalten. Dadurch sind wie auch in die Lage verlegt, eine Reihe Verbesserungen sowie Lohn erhöhungen durchzuführen. So wie auch eine neue Fabrik mit Arbeiterninnen an hiesigen Plätzen haben, so wollen wir auch versuchen, diesen Frauen ihre nicht als traurige Lage zu verdeutlichen. Zu Beginn der vorigen Woche unterbrechend mit den Direktoren der Süddeutschen Fabrikoefte, Aktiengesellschaft, und der Isolatia, Aktiengesellschaft, eingesetzt: „In mehreren Versammlungen befürwortet die Arbeiterschaft des eigenen Betriebes mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Da die jüngst bestehenden Löhne den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechen, wurden neuerliche Forderungen aufgestellt und der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verurteilt, in Verbindung mit den aus der Mitte der Arbeiterschaft gewählten Kommission über dieselben mit der Direktion in Verhandlung zu treten. Die Forderungen lauten: 1. Die normale tägliche Arbeitszeit darf nicht über zehn Stunden betragen. 2. Überstunden sind möglich zu verneiden; müssen solche in dringenden Fällen gemacht werden, so ist ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Prozent zu zahlen; als Nacharbeit gilt die Zeit von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr. 3. Der Aufenthaltslohn für Arbeiter, der betagt nicht unter 18 Pf. pro Stunde und steigt nach so dreimaliger Tätigkeit auf 1 Pf. bis zum Tage von mindestens 25 Pf. pro Stunde. Den Lohn im Werk beschäftigten Arbeiternamen ist der Lohnzuschlag entsprechend zu erhöhen. 4. Hilfsarbeiter dürfen täglich nicht unter 2 Pf. pro Stunde entlohn werden. 5. Für Handarbeiter darf der Lohn täglich bis zum 20. Lebensjahr nicht unter 10 Pf. über 20 Jahre nicht unter 40 Pf. betragen. Schäßlichen im Werk mit höheren Lohnzügen beschäftigten Arbeitern in eine Erhöhung von 10 Prozent zu genehmigen. 6. Die Lohnabrechnung erfolgt wöchentlich und zwar freitags; sie muss mit Schluss der Arbeitszeit beendet sein. 7. Für den Herbst ist ohne die in Betracht kommenden überstandenen ein Mindestgehalt von monatlich 120 M. zu zahlen. 8. Beihen Beendigung seitens der Borgeleuten. 9. Entfernung eines handelnden Arbeiterausschusses. 10. Abstimmungen aus Anlaß dieser Vereinigung dürfen nicht stattfinden.“ Man darf wohl annehmen, daß die in Frage kommenden Firmen diese minimalen Forderungen der Arbeiterschaft als berechtigt erachten werden, so daß die Schlußverhandlungen auf gütlichem Wege beendet werden können. — Das die Erfolge unserer Verwaltungsstelle das hiesige „Edelwils“, die „Hirsche“, geradzu in Verbindung bringen, ist begreiflich. Vor einiger Zeit nominierte der Käffnersteiter der Hirsche, Bolzer, in möglichster Überhöhung von „Erfolgen“ der Gewerkschaftsbewegung in seinem Bezirk: 500 Männer sollen im vorigen Quartal das schwärmende hiesische Schützenfest bestiegen haben. Eine solche Zunahme über ganz Südwestdeutschland ist gegenüber uns doch weit mehr maximal zu nennen. Aber die armen Hirsche sollen sich nicht einmal dieser wichtigen Erfolge erfreuen; was sie an der einen Seite mühsam zusammenhalten, geht ihnen auf der anderen Seite wieder an uns verloren. Männerhaft finden Übertritte in unserer Verband statt. Um diese Mitgliederflucht etwas hinzuhalten, sind die Führer der Hirsche auf den zwar nicht gerade noblen, aber frisch gekleideten Gedankten, ihren Leuten die Mitgliedsbücher nicht mehr herauszugeben, damit keiner mehr in unserem Verband übertritt. Man darf wirklich gespannt sein, wie lange sich die jetztgeführten Mitglieder eine derartige Verwahrung geallen lassen. Nach solchen „Erfolgen“ der hiesigen Dandernagitation ist es klar, daß die Zahl der Mitglieder immer mehr nach unten rückt. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Wiesbaden. Von der Nähmaschinenfabrik Bisolt & Sohn erhalten wir zu der Korrespondenz in Nr. 9 der Metallarbeiter-Zeitung folgende Bestätigung: 1. Die Firma Bisolt & Sohn, welche die Nähmaschinenfabrik vorhat, hat seit ihrem Betrieb Konkurrenz gefunden, die nicht aus wichtigen Gründen, sondern deshalb ge-
steigert, weil sie ihre Meister gräßlich beleidigt hatten. 2. Das Gesetzdefizit wären auch gar keine Versprechungen in dieser Hinsicht nötig und sind auch keine erfolgt. 3. Die Inventuren in der Fabrik haben von jeher, abgesehen von einer einzigen Ausnahme, höchstens acht Arbeitstage gedauert; in den letzten Jahren haben größere Abstellungen der Fabrik sogar nur zwei Tage wegen der Inventur zu feiern brauchen. 4. Bezuglich des Dreher ist erklärt die Firma, daß nicht nur Organisierte, sondern auch Nichtorganisierte einmal aussehen müssen, sobald sich von den betreffenden Teilen zu viel Vorrat angehäuft hat, wie dies auch in anderen Betrieben vorkommt. 5. Den „zwei anderen Kollegen“ würde nicht aus wichtigen Gründen, sondern deshalb ge-
kündigt, weil sie ihre Meister gräßlich beleidigt hatten. 6. Dass in der Schleiferei seitens des Meisters erklärt worden wäre, es sei keine Arbeit mehr für die vorhanden, die nicht aus dem Verband austreten und dem Gesellschafterverein beitreten würden, ist unwahr. 7. Ebenso unwahr ist, daß die Betriebsleitung einen Lehrling gelöst habe, seine Zugehörigkeit zur Organisation sei durch Reizgeld ge-
verboten. 8. Endlich ist richtig zu stellen, daß nicht der Arbeiterausschuss, sondern nur ein einzelnes Mitglied desselben bei der Betriebsleitung nachfragte, ob sie sich für den wegen Belästigung seines Meisters gefindenden Arbeiter zu verwenden hätten, worauf ihm erwidert wurde, daß dies einzige und allein Sache der Betriebsleitung selbst sei, weil die Beteiligten rein verblutige waren. Dahingegen in dem betreffenden Mitglied gesagt werden, daß es Aufgabe des Arbeiterausschusses sei, für die allgemeinen Interessen der Arbeiter besorgt zu sein, so zum Beispiel Beschwerden über schlechte Behandlung seitens der Betriebsleitung zu vermitteln; jener habe der Arbeiterausschuss bei der Betriebsleitung Klage zu erheben, wenn die Gesundheit der Arbeiter verhindert werde durch Rauch- und Staubbefreiungen oder durch zerbrochene und offenstehende Fenster und dadurch entstehende Zugluft, oder wenn die Reinlichkeit in den Fabrikräumen und in den Abwasser zu wünschen übrig stünde usw. Die Kommission wurde nicht abgewiesen, sondern ihr wurde gesagt, daß die Angelegenheit der genannten Arbeiter, da persönlicher Art, nur einzige und allein von der Betriebsleitung zu bestimmen sei.

Neustadt i. Schw. Zu der Korrespondenz in Nr. 11 erhalten wir folgende Bestätigung: Die Arbeitszeit in meiner Fabrik beträgt 10 Stunden täglich. Sonntagsarbeit gibt es bei mir nicht. Heimarbeit, auch diejenige der Hausarbeiter in der Fabrik beschäftigten Arbeiter, wird grundsätzlich in, von dem übrigen Löhne getrennten, Blöcken berechnet und in dementsprechend in den nachfolgenden Monaten enthalten. Zu meiner Montageabteilung, von der in dem Artikel besonders die Rede ist, steht kein Monteur, der Arbeit in einer Arbeitszeit von 120 M. bis über 120 M. im gleichen Jahre eingebracht hat. Die Sätze sind aus den zeitig zu führenden Verhandlungen mit dem betreffenden Mitglied gesagt worden, daß es Aufgabe des Arbeiterausschusses sei, für die allgemeinen Interessen der Arbeiter besorgt zu sein, so zum Beispiel Beschwerden über schlechte Behandlung seitens der Betriebsleitung zu vermitteln; jener habe der Arbeiterausschuss bei der Betriebsleitung Klage zu erheben, wenn die Gesundheit der Arbeiter verhindert werde durch Rauch- und Staubbefreiungen oder durch zerbrochene und offenstehende Fenster und dadurch entstehende Zugluft, oder wenn die Reinlichkeit in den Fabrikräumen und in den Abwasser zu wünschen übrig stünde usw. Die Kommission wurde nicht abgewiesen, sondern ihr wurde gesagt, daß die Angelegenheit der genannten Arbeiter, da persönlicher Art, nur einzige und allein von der Betriebsleitung zu bestimmen sei.

Wiesbaden. Zu der Korrespondenz in Nr. 11 erhalten wir folgende Bestätigung: Die Arbeitszeit in meiner Fabrik beträgt 10 Stunden täglich. Sonntagsarbeit gibt es bei mir nicht. Heimarbeit, auch diejenige der Hausarbeiter in der Fabrik beschäftigten Arbeiter, wird grundsätzlich in, von dem übrigen Löhne getrennten, Blöcken berechnet und in dementsprechend in den nachfolgenden Monaten enthalten. Zu meiner Montageabteilung, von der in dem Artikel besonders die Rede ist, steht kein Monteur, der Arbeit in einer Arbeitszeit von 120 M. bis über 120 M. im gleichen Jahre eingebracht hat. Die Sätze sind aus den zeitig zu führenden Verhandlungen mit dem betreffenden Mitglied gesagt worden, daß es Aufgabe des Arbeiterausschusses sei, für die allgemeinen Interessen der Arbeiter besorgt zu sein, so zum Beispiel Beschwerden über schlechte Behandlung seitens der Betriebsleitung zu vermitteln; jener habe der Arbeiterausschuss bei der Betriebsleitung Klage zu erheben, wenn die Gesundheit der Arbeiter verhindert werde durch Rauch- und Staubbefreiungen oder durch zerbrochene und offenstehende Fenster und dadurch entstehende Zugluft, oder wenn die Reinlichkeit in den Fabrikräumen und in den Abwasser zu wünschen übrig stünde usw. Die Kommission wurde nicht abgewiesen, sondern ihr wurde gesagt, daß die Angelegenheit der genannten Arbeiter, da persönlicher Art, nur einzige und allein von der Betriebsleitung zu bestimmen sei.

Arbeitszeit der Arbeit in M.	Zeit der Sonntags- arbeit in M.	Zeit der Heim- arbeit in M.
41	309	182,82
37	304	1547,58
26	299	1656,50
28	303	1717,69
22	177	659,34
18	235	1084,79
29	295	1442,80
34	276	1346,61
18	174	500,43
20	89	234,86
15	50	167,30
24	112	531,49

folgt. Der Streik hat viele Kleinfabrikanten, die von den Schlägereien und Gießereien abhängig sind, in eine direkte Notlage gebracht. Deshalb ist von ihnen die Frage aufgeworfen worden, ob man sich noch weiter von den Schlägerteibesitzern leiten lassen soll, oder ob es einen Ausweg gibt? Dauert der Kampf fort, so ist die Vernichtung der Kleinfabrikanten, die nicht mehr produzieren können, unabänderlich. Deshalb sollten die Kleinfabrikanten sich vom Arbeitgeberverband absondern und versuchen, mit den Arbeitern Hand in Hand zu gehen. Sie sollten sich individualisieren und ihre Produktion unabhängig von den Kommissionären gestalten. Den Nutzen von dem Kampfe haben nur die Großunternehmer, insbesondere die Firma J. A. Henckels, die am Produzieren bleibt und dadurch ihre Monopolstellung befestigt. Alle übrigen Schlägereien werden die Kosten zu bezahlen haben. Nach dem Kampfe werden sicherlich die Schlägereien ihre Preise erhöhen, infolgedessen werden aber kapitalkräftige Unternehmer ihre Rohwaren selbst herstellen. Die Firma Theis in der Gartenstraße hat schon vier Fallhämmer aufgestellt. Die Vernichtung des Kleinfabrikantentums wird sichtbare Fortschritte machen. Ein Augenblick aber, wo sich die Kleinfabrikanten mit den Arbeitern verständigen, können die Bestrebungen der Großindustrie durchbrochen werden. Von den Streikenden sind hundert der besten Arbeiter bereits in anderen Stellungen, den anderen Streikenden wird der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine Unterstützung nie entziehen, darüber hat Erdler die Fabrikanten nicht im Zweifel gelassen. Es liegt also keine Ursache vor, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen und wir werden den Kampf weiterführen. — Der Vortrag wurde zur Diskussion gestellt, insbesondere wurden die Kleinfabrikanten aufgefordert, sich zum Werte zu melden. Da indes niemand das Wort ergreift, so wies Erdler noch einmal darauf hin, daß die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit jetzt, wo es in den Sommer hineingtinge, nicht erfolgen würde. Es blieben den Kämpfenden die verschiedensten Wege offen. Der Streik könnte weitergeführt werden, bis nur noch ein kleiner Teil der Arbeiter auf der Strecke bliebe, die in den neuen Gießereien und Schlägereien Unterkunft fänden. Dann komme auch noch hinzu, daß man den Vertrieb schwarzer Ware bei der Firma Hammerstahl gestatten könnte und daß dadurch wieder ein Teil der Arbeiter Unterkunft finde. Sollten die Kleinfabrikanten die Ruhahandlung aus dem heutigen Abend ziehen, so würde der Verband ihnen gern die Friedenshand reichen. Die Schlägerteibesitzer würden dann das Nachsehen haben. — Zum Schlusse gedachte einer der Anwesenden der in Frankreich zu Tode gefolterten Bergleute und forderte das Erheben von den Eißen zu Ehren der auf dem Schlachtfeld der Industrie Gefallenen. Da trat eine Gesinnungsroheit zutage, wie wir sie nicht erwartet hätten. Eine Ausrah! nicht dem Arbeitervolk angehörenden Leute blickt sich! Dem tapferen Verhalten der in der Nähe befindlichen Gesinnungsgenossen von uns war es zu danken, daß es zu keinen tumultarischen Szenen kam. — Zur Aufschluß an dieje Schilderung noch die Mitteilung, daß die Firma Kieferling & Albrecht, Eisengießerei und Maschinenfabrik, versucht, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, während sie mit den bei ihr in Arbeit befindlichen Leuten im dauernden Kleinrieg lebt. Wir hoffen, daß diese Warnung genügt, bei Arbeitsangeboten dieser Firma recht vorzüglich zu sein.

Solingen. Eine gerichtliche Verhandlung, die einen recht merkwürdigen Eindruck erweckte, fand hier am 3. März; Rast. Die Anklage richtete sich gegen einen Streifländer, der zu einem Arbeitswilligen die Worte gebracht hatte, „wenn er noch länger im Betrieb der Firma arbeite, sei er ein Vater“. (Geschäftlicher Gebrauch für das Wort Streifbrecher.) Der Ankläger forderte die Verurteilung des Angeklagten, weil sich derartige Vorlesungen in letzter Zeit noch mehrten, und er fügte noch hinzu: „Man kann die Furcht der Arbeitswilligen vor Gericht in ihren Aussagen deutlich erkennen, da die Zeugen im Hiedel auf die Streitenden, die sich im Zuhörer Raum befanden, noch jodeln, so stark und frei aussagen, wie dies nötig sei.“ Natür um der Herr Amtsgericht nicht noch den Zustand der Unzufriedenheit forstete, ist uns ein Geheimnis geblieben. Schmäucht die Arbeitswilligen vor Gericht Furcht zeigen, das ist zu widerstreitlichen Weisen beweisen möchten. Erlebten wir doch gerade in Solingen vor kurzem das erhabende Schauspiel, daß sich zwei solcher Elemente in ein und denselben Augenblick als Zeugen gegen einen Streifländer widersprachen. Durch andere, ehemalige Zeugen wurde der Vorwurf erstritten, daß mindestens der eine davon einen Blindek geplaudert haben möge.

Spandau. Eine am 23. Februar vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Eröffnungstag Berlin, einberiefen öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeitnehmer der Eisenbahnlinie hatte einen großartigen Erfolg. Der große Saal des Hotel Wirt war fast überfüllt. So lange fünf erwartete gegen 9 Uhr die Versammlung und wurde auch als fröhlich gesieht. Als Redner war der Schlesier Rauschendorf-Berlin erschienen, der über das Thema sprach: „Bericht über die letzten Ereignisse der Arbeiterschaft und die Stellung der Arbeiterschaft zu den neu geprägten Betriebs.“ Der Redner bemerkte an der Hand von freudigen Schreien, daß die Befreiende Gemeinde, die doch nach einem Weile aus großer Mühe Freiheit erlangte jetzt saß, nichts weniger als dies hat. Sie höre, wie Arbeitssucht und die persönlichen Freuden ihres in der Gewerkschaft lebter als in der Eisenbahnlinie. Der Mensch darf ja, daß die Arbeiter in der Privatindustrie nicht erlaubt sind und sich diese besagten Lohn- und Mietzinsverhandlungen durch die Organisation entziehen haben. Die Zukunft der Eisenbahnlinie, deren das Werk sich zu organisieren, ebenfalls gefüllt gewünscht ist, hätten aber von dieser Stunde bisher nicht Gebräuch gemacht, so gern es ihnen mögl., daß sie durch Witter von ihrer Stärke eines verhindert würden. Es geht ja über wieder eine Faktur um eine Betriebsverhältnisse von 10 bis 15 Prozent abhängig kommen und werden. Die Arbeiterschaft kann für eine Betriebsverhältnisse eintreten. Auf der einen Seite vertritt der Sozialist gerade die wirtschaftlichen Lebensmittel durch Zölle und auf der anderen Seite kann er keine Arbeiterschaft einen Betriebsverhältnisse ab. Auch in Spandau eine Verkürzung der Arbeitszeit habe ich der Stadt gegenüber den Arbeitern seiner Betriebe erläutert vertheilen. Doch ist in einem Saal der Eisenbahnlinie die wirtschaftliche Arbeiterschaft mit jedem Erfolg berusser erwartet, ebenfalls wie wir auch schätzen durch die Organisation. Nun befürchtet das der Sozialist, wenn er dieses Jahr Zeit habe, ja sehr aufgerufen werden. Die Arbeiterschaften hätten doch ein Recht zur Entwicklung eines Betriebsarbeits- für die Arbeit erwartet und dies durchzuführen, das die Arbeiterschaft der sozialen Zeit in den Eisenbahnlinien jetzt oft kann werden. Nach dem Reden wurde erstaunt und der Begeisterung, daß durch die organisierten Massen bei den Gewerkschaften der Sozialist und die sozialen arbeitsenden Massen, es jetzt gut steht so viel Arbeit kann. Dabei kann man aber nicht bestreiten, daß die Sozialist sich nicht gegen die organisierte Gewerkschaften und gegen andere in den Eisenbahnlinien

gesagt, die Feuerwehr hätte auch ihre Schrift auf Waffen-
Stäben haben mögen aber darüber las ich zu Mös Gedanken beschreibt.
Es wurde jedoch entschieden, dass keine Veränderung der Uniformierung
des Feuerwehrmannes die Sicht in den Feuerwehrautoen nicht gute ist.
Sich der Feuerwehr zu wenden ist wichtig und in den entsprechenden Uniformen
würden die Feuerwehrmänner Feuerwehr nicht mehr erkennen können.
Die Uniform müsste geändert werden und sei darin eine bessere
Sicht als in aussichtsloser Uniformierung. Durch die neue Uni-
formung würde man also ja, dass die Feuerwehr besser erkannt werden
können kann. Die Uniform ist aber trotzdem der entsprechenden Schutz
für die Feuerwehrmänner. Der einzige Vorteil für die Uniformierung
ist es dass sie nicht so aufdringlich ist. Durch die neue Uniform
können Feuerwehrmänner leichter Feuerwehrmänner aus dem Auto zu den
Feuerwehrmännern, die die Feuerwehrmänner den Feuerwehrmännern ein neuer und
außergewöhnlicher Feuerwehrmänner bei jedem Feuerwehrmänner gegen können. Da Feuerwehr-
männer der Feuerwehrmänner aber immer Feuerwehrmänner seien, dann die
Uniform müssen gar nicht so aufdringlich in den Feuerwehrmännern sein die Feuer-
wehrmänner muss nur den neuen Uniformen keinen der Feuerwehrmänner
mehr benötigen zu tragen. Die Uniformierung kann dann nicht so aufdringlich
sein wie es in Feuerwehrmännern und zum Beispiel für die Feuerwehrmänner
einen neuen Feuerwehrmänner zu geben. Wenn die Uniformierung der Feuer-
wehrmänner geändert werden, so werden sie das nicht durch feind-

Vereine erreichen, in denen die Meisterschaft die Oberhand gewinnt, sondern nur durch eine kräftige Organisation; für die Metallarbeiter sei dies der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Die Stadtsverfassungsarbeiter hätten gar nichts zu fürchten, wenn sie dem Verband beitreten. Es werden dann bald andere Verhältnisse eintreten und später wird dann nicht mehr von Evansau ein Abgeordneter in den Reichstag geschickt werden, der die Interessen der Arbeiter so wenig vertritt. (Lebhafte Beifall.) In der Diskussion traten dann drei von den Mitgliedern der neugegründeten blauen Vereine auf, unter anderem auch der Vorsitzende Weber. Diese führten aus, daß die königlichen Arbeiter (auf das Wort königlich legten sie ein besonderes Gewicht) nicht so vorgehen könnten wie die der Privatindustrie. Sie müßten blau sein, hätten aber jede Religion und auch Politik ausgeschlossen. Ein Hirsch-Dundescher, Otto Schmidt, produzierte sich auch als Sozialistenrechter. Von den Kollegen Schubert, Paulus und anderen wurden diese Vertreter ganz gehörig abgeführt. Man widerlegte ihre Behauptung, daß sie keine Politik trieben, dadurch, daß man hinwies auf die Statuten, in denen gesagt ist, daß die Vereine die Liebe zu Kaiser und Reich pflegen. Die Debatte wurde teilweise so erregt, daß man polizeiliche Auflösung fürchtete. Im Schlußwort geäußerte der Referent dann noch das Verhältnis der blauen Brüder, wodurch er großen Beifall bei der Mehrzahl der Versammlungen erntete. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute am 25. Februar im Noten Adler tagende Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen des königlichen Instituts steht in der Ablehnung der Tenerungszulage eine unverhüllte Handlungsweise der Direktion. Sie ist der Ansicht, daß bei den heutigen Fleischpreisen eine Tenerungszulage ohne weiteres berechtigt ist. Sie ist ferner der Meinung, daß es den Arbeitern nicht schaden würde, nach einiger Tage während der schönen Sommerzeit erhöht zu förmen. Sie findet es daher für richtig, daß lediglich eine starke gewerkschaftliche Organisation in der Lage ist, die Verhältnisse bessern zu können. Daraum verpflichtet sie sich, Wenn für Mann den Organisationen der Arbeiter in Nähe beizutreten, um endlich auch dem Staat zu zeigen, daß der Arbeiter gewillt ist, nur durch sich selbst die Verhältnisse zu verbessern.“ Ferner wurde beschlossen, den überdrüsigen der Versammlung den ruhigen Freiheitssämpfern zuzumenden. Ein von geheimer Seite gestellter Antrag, daß Geld

Über den Bau einer Kurataile zu verhindern, wurde abgelehnt.
III. a. D. In den Reiner Industriewerken (Gesindustrie) schien man sich auf einmal auf den Schafsmächerstandpunkt stellen zu wollen. Den gewünschten Zusatz dazu bot ein an sich nützliches Vorlesungsblatt. Am Sammachtstag wollten die Kollegen, einem alten Ulmer Brauche folgend, feiern. Dem wurde nun erst nichts entgegengebracht. Plötzlich jedoch ließ der Direktor in dem einen Bericht erklären: „Wer feiert, hat die Zeit durch Überlaufen hereinbringen.“ Da dieses jedoch nur in einem Bericht bekannt gemacht wurde, im anderen aber den Arbeitern nichts in den Weg gelegt wurde, feierten die Kollegen. Nun hieß es: „Wer gefeiert hat, wird bestraft.“ Dies veranlaßte nun die Kollegen, die Sperre zu verängeln, da sie eine so einseitige Maßregel wie die Bekämpfung eines Teils der Kollegen, wo doch alle das gleiche „Verbrechen“ begangen hatten, nicht rechtfertig hielten. Doch es kam eine Veränderung zu stande, der Direktor erklärte selbst, er sehe ein, daß ein Fehler gemacht worden sei, es komme nicht mit großerlei Mühe heraus, und da er mit einem Teil der Schreiber von seinem Verbot in Kenntnis gehe, so wäre es ungerecht alle zu bestrafen, deshalb solle alles wieder dorthin sein. Am anderen Tage aber wurde 14 Kollegen gesondert. Ausgerednet fand unter Verirrungsteilen und Mitgliedern es Arbeiterschaftsgruppe. Die Sperre blieb, „dass gute Einzelheiten gehörten“. Einen solchen Verlust kann die Direction nicht aufzutragen, sie wolle ruhig, und wenn es nicht anders ginge, so reduziere sie eben den Betrieb oder halte ihn ganz ein. Nun, daran können wir sie nicht hindern. Die Schreiber, um die es handelsmäßig kommt, die Spengler, die die „Küller“ machen, sindigtlos sofort. Da die neuen Spezialarbeiter (Autoschiffleiter) erscheint, so könnte es jetzt schwer fallen, geeignete Stelle zu erhalten, wenn Zugang von Spenglern, Drehern und Schlossern freigefesthalten wird. Das Hauptproblem bei der Aktion ist wohl dem bestimmten Kommerzienrat Hägeler zuzuschreiben, der früher in den Freisinger Metallarbeiter bestellt, und bei der gewerkschaftlichen Organisation von jener nicht grün war. Nun, es ist kein zweiter gründlich bestellt worden, und auch diese „Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht“

Wesel. Sehr die Schleife soll einen in weitere Gegend ver-
treten, so ist er ganz entzweit über die Weiber, die einem hier geradezu
plaudert, da breitet er sich: Hier kommt der Käfer. Aber bald wird er
wissen, dass er längst es schon ja angekündigt habe, wie gerade
der. Eigentlich in weiterem Kreise sind 400 Metallarbeiter beschäftigt
worden, aber es ist perfekte Organisation jetzt hier era. Dazu kommen

und die örtlichen Sitzende bei jungen Studenten und einer linken
Sparte der jungen Seite die gewisse Macht in. Wie es nun
hierzu kommen möchtet, mögen folgende Seiten vertragen.
Zuerst in der Stadt Berlin. Die Baderus-Gilde wurde beschlagnahmt
am 10. Januar. Mitglieder sind über gering verbreitet, aber
unter den jungen Generalstudior steht, das, zwischen gelegt, lebt
ein jugendlicher Unterrichtsverein unter Frieden will, dieses zur Hö-
he gesetzten soll, derten es jährlin lange. Vor einigen Jahren
wurde auch eine Rittergesellschaft von der jungen angelegt, in der ein
kleiner Spaten für Schöpfung eingeschafft ist; nämlich die Seite arbeiten
zu Sieden. Da wünsche sie mit einem Stab mehr machen, dann kommt
der und viele. Wie auf einmal bei gelegener Zeit die Rittern mit
der Schöpfung beworben, und dieses wird seit das ganze
Jahr besteht. Die Rittern wollen nun die Kunst im Seide, weil
es zu einem entzettelten nicht vorhanden ist; kann die Organisation
mit dem werden auch ein Schöpfungs-Ritter. Die Rittern aber, die
in der Organisation eingetragen haben, willst man genau zum
altheren Zusammenkunft. Ja leider Zeit machen und zwei Spat-
ten gesammelt. Die Seite werden natürlich nur überhandnehmen
vermogen und es ist schon zugeschrieben, dass sie 50, ja, 15 Stunden
arbeitsfähig sind. Wenn sie erfüllt, dass auch hier eine
Schöpfung als Spaten erfordert und so kommt es, dass Rittern
Rittern und die Rittern den ersten beiden Baderus als lokale
Stadt und hat der Baderus verloren. So leider Zeit haben
die Baderus jeder 50 % Spate bezahlen. Eine Spate für die
arbeit unter in diesem Punkte negativem. Auf dem anderen Seite,
veröffentlichte, Walzwerk, geht es auch hinsichtlich zu Baderus
in den veröffentlichten Theilungen Walzwerk als Walzwerk, denn es
kommt in jungen Namen führen und so der Baderus durch Walz-
werk und welche Bevölkerung in öffentliche gekommen sind, sorgt auf
der anderen Seite ein reichlich ausgestattetes Präsent in jedem
fall, dass die Seite den ganzen Tag zusammen und einer dem anderen
eine Walzwerk ist es mit Werbung eines Jahr direkt aus, von de-

schaltung geht nicht zu rechnen. Somit, bestehende zwei Gefahren der
zeit. Einzelne und komplexe kann man nicht, und noch vieles
dieser Wissenschaften bringen die Schäden heran, doch hier soll auf diesen
einen und in die Sachverständigungen eingehend belehren, die ja eine
der Stärke ist, in den letzten Jahren gewisslich noch rücksichts-
vollere zu haben. Sollten diese dann aber will es sich hand-
haben, so muss es ein einem Schein nach stehen lassen. Dingen
die er vom Sachverständigen untersuchten haben, kann man sich eine
ausführliche ausdrückt werden. Diese kommt es vielleicht vor, daß
sie ist, die nach untersucht, noch keine 2 Jhd. alte Lang-Stabreiter
oder Kürschner verhältnisse Sachverständigungen. Gedenkt kommt es, das
die meisten Städte haben 15 Jhd. mehrheitlich als die von Sachsen ohne
zurück. Dies sind die größten Städte, bei den kleinen Städten kann es
noch kein Schatz sein. Das kann entstehen, wo andere Sachen
der Sachverständigen die Sachen haben, so könnte es die dortige
Stadt so viel, das andere Sachen nicht allein ausreichen, sondern
noch längeres wenden, und je älter den Städten Sachen wenden.
Die im älteren über die noch schwerere Arbeit zu leisten und ganz be-
sonders die älteren Städte sollten sich mehr von den Sachverständigen Wohl-
wollen-Kosten bewusst sein. Sachen, die aufgewendet, damit es auch
in der nächsten Zeit sehr gut wird.

Rundschau.

కృష్ణరావు.

(12. bis 17. März.) An dem Tage, an dem wir unseren letzten Bericht über die Tätigkeit des Reichstags schrieben, starb eines seiner wütesten und bedeutendsten Mitglieder, der Abgeordnete Eugen Richter. Was über seine Bedeutung und ihre Grenzen, über seine Stellung zur Arbeiterfrage im allgemeinen, zur Sozialdemokratie insbesondere, zu sagen war, haben die politischen Organe bereits gesagt. Auch seine schärfsten Gegner haben seinen außerordentlichen Fleiß, seine Tatkraft und seine Selbstlosigkeit anerkannt; seine Lebensarbeit beweist, entgegen allen unverständigen Delamationen, die Möglichkeit, eine Vollendigkeit des Berufsparlamentarieres, dem freilich die Fühlung mit dem Volke nicht verloren gehen darf. Richters Einfluß, der im ungefeierten Verhältnis zur Größe seiner Fraktion stand, beruhte auf seinen mühevollen Detailstudien der Statistiken und des Staatsrechtes. Das ist Spezialistenarbeit; es genügt vollkommen, wenn jede parlamentarische Gruppe einen leuntütreichen Staatspezialisten in ihren Reihen zählt, einen sollte aber auch jede haben! Im heutigen Reichstag sind jedoch die Stafkerner sehr dünn gesät. Es gibt eben in ihm nur wenige Männer, die sich ohne die Ablenkung durch journalistische oder andere Berufssarbeit der Durchmusterung des Budgets und den vergleichenden Studien zu seiner Beurteilung widmen können und zugleich jenes Maß von staatsmännischer Einsicht einnehmen, das zur Zusammenfügung von Einzelerscheinungen zu einer politischen Gesamteuffassung unerlässlich ist.

Die Statthalterung mache in der abgelaufenen Woche nur sehr langsame Fortschritte. Das Parlament beschäftigte sich vornehmlich mit Fragen der Kolonialpolitik. Auf diesem Gebiet ist noch ein schweres Stück Arbeit zu vollbringen: das „System Stübel“ muß liquidieren und diese Auflösungsarbeiten erweisen sich als äußerst mühsam. Unter dem System Stübel verstehen wir das Bestreben, bei weitgehender Begünstigung kapitalistischer Gesellschaften den Colonialbeamten möglichst freie Hand in ihren Gebieten zu lassen und, wenn sie sich verfehlt haben, sie auf alle Fälle im Reichstag durch ungünstige Auskunftsverteilung gegen die volkstümliche Kritik zu decken. Dieses System hat dem deutschen Volke hunderte von Millionen Mark gekostet und ein Meer von vergossenem Blute über die Kolonien hinunter lassen. Der Hammer unserer Reichsfinanzen steht in allererster Linie auf die heillose Kolonialwirtschaft zurückzuführen. Wenn triebe es nicht das Rot der Empörung in die Wogen, so da sieht, daß das Geld in den Schutzgebieten geradezu mit vollen Händen flausch verschwendet wird, während bei uns im Vaterland die dringendsten Kulturaufgaben erbärmlich Not leiden: Der Herero-Krieg allein hat anbarem Gelde die Summe von 220 Millionen Mark verschlungen, ohne daß sein Ende schon absehbar wäre. Und dieses Geld ist zum erheblichen Teile geschäftsgewandten kapitalistischen Gesellschaften zugeflossen, die Riesenprofite gemacht haben. Allein die Firma v. Lippe-Biester & Co., an der der preußische Landwirtschaftsminister v. Podbielski beteiligt ist, erhielt im letzten Jahre Leistungen im Betrag von circa 14 Millionen Mark zugewiesen. Was daran zu verdienen ist, mag sich jeder selbst ausrechnen!

So dringend notwendig eine Reformation des ganzen Kolonialbesitzes an Haupt und Mitgliedern wäre, so wenig wahrscheinlich ist sie. Im Geiste des Kapitalismus ist eben Kolonialpolitik mit Raubpolitik gleichzusetzen; und einen Raub, der kein Raub ist, gibt es offenbar nicht. Die Hoffnungen, die man in weiten Kreisen des Bürgertums auf den neuen Herrn in der Kolonialabteilung, den Erblingen von Hohenlohe setzt, sind deshalb notwendig trügerisch; der Mann wird trotz seinem unzweifelhaft guten Willen an der inneren Unmöglichkeit der Lösung seiner Aufgabe scheitern.

Am Schwerinerstag dieser Woche pflegte man eine rein akademische Verhandlung über Versammlungs- und Stimmenrecht der deutschen Freien. Bis ausführlich unsere Forderungen in dieser Hinsicht sind, mag man daran ermessen, daß im größten deutschen Bundesstaate bislang nicht einmal den Männern des Proletariats ein brauchbares Wahlrecht zusteht.

©2019 கலைநிலைகள்

Zu Geringswalde, Waldheim, Leizig, Hartha und
vigen dazwischen liegenden Dörfern haben die Unternehmer der
Holzindustrie ihre Produktion wahrgemacht und nach der Sachsischen
Zeitung am 5. März etwa 3000 Holzarbeiter, besonders
Schlosser und Tischler, ausgesperrt. In den erstgenannten beiden
Orten beträgt die Zahl der Ausgesperrten je circa 800. Manche
Firma liegen ganz still, manche sollen so gut es geht weitergeführt
werden.

Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes hat die Abrechnung über die beim großen Streit im vorigen Jahre eingegangenen Gelder veröffentlicht. Einnahme und Ausgabe schließen mit je 6601882,81 Mf. ab. Die durch Gewerkschaftsräte, Arbeiterschaftsräte u. j. w. aufgedrängten Gelder liefern den größten Posten 15735,45 Mf. Auf den Zwanzigsten des Bergarbeiter-Verbandes liegen ein 319291,81 Mf. Daraan folgt die Parteipresse mit 277874,71 Mf., die Gewerkschaften der freien Gewerkschaften mit 204467,93 Mf., das Landamt mit 188450,78 Mf., die sozialdemokratische Presse mit 18114,70 Mf. Unter den Ausgaben ist der größte Posten 1793940 Mf. für Zivilversicherung. Außerdem kommt unter den Ausgaben ist, daß

Berichtigung: Das Vermögen des Schmiede-Verbandes betrug nicht, wie in Nr. 11 irrtümlich angegeben wurde, 23634,04 Mf., sondern 78429,56 Mf., der durchschnittliche Mitgliederbestand des

St. 9 der Gewerkschaft, des Organes des Verbandes der deutschen Landarbeiter und Stadtarbeiter, ist in einer Auflage von 25000 Exemplaren erschienen.

Wählerarbeiter im Spiel

Die Güte der Ausgaben ist nicht so durch den zwölften
wes. Tarif übereinheit worden, der den Arbeitern verschiedene wesent-
liche Verbesserungen bringt und bis 31. März 1903 gilt.

Wettbewerbsgerichtliches.

Eine wertvürdige Ansicht über die Ursachen, die zu einer
Einführung der Zeitung führen, hat der Fabrikant Böhmer in
Magdeburg-Rentzsch. Der Sachverhalt ist nach der Magdeburger
Zeitung folgender: Der Schlosser Elbe bei der Firma Böhmer
arbeitet zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten und des Unter-
nehmers gearbeitet. Gutes Sonnabends wurden E. 2,95 M. ab-
gezogen, weil ihm beim Scheren eines Stück Bleileifens der Bohrer
brach; nebendem ein Vorgang, der in jeder Füdtel an jedem Tage
eigentlich handelt und vor kommt. Da sich Elbe den Abzug nicht
gallen lassen wollte, wurde er von der fakultativen Firma entlassen
und nach dem Entlassenen nicht mit die 2,95 M., sondern
nach noch weiteren 5 M. als Lohnraten eingehalten. Richtig natürlicher,
daß nach Ende der Sache der Schlosser beim Gerichtsgericht eine
Lage anstrengt und verlangt, daß die Firma zur Zahlung von
12,50 M. verurteilt wird. Da es bei vergleichlichen Klagen zu
reichen pflegt, bleibt es die belagte Firma zunächst nicht für nötig,
zu reichen. Es erging ein BesänftigungsUrteil, wogegen Herr Böhmer
einen Auftrag erlegte. Um die Sache zu Ende zu bringen, wurde zum
gerichtsgericht den 8. März das persönliche Erscheinen des Belagten
angeordnet. Dies erfüllte nun der Kägter seine Forderung — und
so steht — nur 15,45 M. für Zeitverlustanspruch. Hier war es nun,
daß Herr Böhmer erklärte, daß das Rechtsgericht die Firma in die

darauf zurückzuführen sei, daß sich Kläger an einer im Betrieb entstandenen Lohnbewegung beteiligt habe. In der Auseinandersetzung, die der Disput hierüber hervorgerufen, habe es Kläger an der nötigen Vorsicht fehlen lassen und der Bohrer sei dieser Unvorsichtigkeit zum Opfer gefallen. Das Gewerbege richt war natürlich ob dieser Weisheit im ersten Augenblick verblüfft, gab aber seiner Meinung dahin Ausdruck, daß ein Arbeiter doch schließlich in 8 Jahren einmal einen Bohrer zerbrechen kann, ohne daß man ihm die Schuld prüfen darf. Herr Böhmer wurde daher zur Zahlung des verlangten Betrags inklusive der Kosten verurteilt.

Muß sich der Arbeiter empfangene Streikgelder auf seine Schadenersatzforderung wegen widerrechtlicher Einbehaltung seiner Papiere anrechnen lassen? — Die Klägerinnen hatten unter Einbehaltung der vereinbarten Kündigungsschrift ihr Arbeitsverhältnis gelöst, um sich einem Streik anzuschließen. Der Beklagte behielt ihre Invalidenkarten und Kronenfassenschriften widerrechtlich zurück. Unter diesen begogen sie Streikgelder, hatten aber in dem streikfreien Düsseldorf Arbeit erhalten können, wenn sie im Besitz der Invalidenkarte gewesen wären. Der deshalb auf Schadenersatz belangte Beklagte machte unter anderem geltend, daß Klägerinnen sich wenigstens die Streikgelder abziehen lassen müßten. Das Gericht hat eine Urteilsmöglichkeit nicht anerkannt. Als der Begründung ist hervorzuheben: Die Streikgelder brauchen sich die Klägerinnen nicht von ihrer Forderung in Abzug zu bringen. Derartige private Unter stützungen Arbeitgeber — mögen sie nun dem reinen Zweck einer Versicherung beziehungsweise der Deckung des notwendigen Unterhaltes oder gemischten Zwecken dienen — können die primäre Schaden erleichtert des schuldhaften Gegenkontrahenten des Arbeitsvertrags nicht befehligen, zumal sie entweder bestimmungsgemäß überhaupt nur sinnvoll für den anderweitigen Einnahmeausfall oder schlechthin ohne jeden Charakter eines Äquivalents für einen solchen, also ohne jede Rücksicht auf einen solchen gezählt werden.

[Gewerbege richt Berlin, Kammer 1 vom 7. August 1905, Nr. 1382.]
(Steicharbeitskant.)

Aus den Unternehmerverbänden.

Wie es die Unternehmer treiben, dafür liefern folgende drei Rundschreiben klassische Beweise:

Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände.

Berlin, den 20. Februar 1906.

S.-Nr. 98.

Rundschreiben Nr. 15 pro 1906.

Der Streit der Arbeiter bei der Firma

Gebroder Pfeiffer in Kaiserslautern

ist beendet.

Auf Antrag des Gesamtverbandes heben wir die mittels Rundschreiben Nr. 6 vom 2. Januar 1905 verhängte Sperre hiermit auf.

Hochachtungsvoll

Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände.

S.-Nr. 108.

Rundschreiben Nr. 18 pro 1906.

Aus Anlaß des bei der Firma Julius Meyer & Co. in Norden ausgetrockneten Streits (siehe unseres Rundschreibens Nr. 11 vom 13. Februar 1906) mußte bei der Firma

Boekhoff & Comp. in Leer i. Hann.

ein Teil der Formier, Schlosser und Arbeiter entlassen werden.

Auf Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bitten wir, diese von der genannten Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll

Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände.

Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-Verbände

Berlin W. 35, Am Karlshad 4a.

Rundschreiben Nr. 5/06.

Zug-B. Nr. I. 476.

Berlin, den 7. März 1906.

An die

Mitglieder der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-

Verbände.

Bei der Maschinenbau-Altengeleßhaft Union in Elberfeld, die dem Arbeitgeber-Verband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf angehört, ist es infolge der Agitation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu einer Arbeiterbewegung gekommen. Ihren Ausgang nahm die Bewegung von einer Kündigung, die einem Arbeiter gegenüber wegen Vernachlässigung seiner Pflichten ausgesprochen wurde. Diese Kündigung wurde vom Deutschen Metallarbeiter-Verband als Maßregelung bezeichnet und die Sperre über das Werk verhängt. Im weiteren Verlauf hat eine Anzahl von Arbeitern gekündigt. Daß diese gemeinsame Kündigung nur den Zweck verfolgt, gegen die Firma zu demonstrieren und die Wiedereinstellung des genannten Arbeiters zu erzwingen, geht daraus hervor, daß Streikposten aufgestellt sind, die den Zugang anderer Arbeiter an Stelle der austretenden in energetischer Weise verhindern. Der Firma selbst ist weder von der Sperre Mitteilung gemacht, noch sind Forderungen gestellt worden.

Wir bitten deshalb die untenstehenden Arbeiter, die in der erwähnten Weise ihre Kündigung eingereicht haben, bis auf weiteres nicht aufzunehmen.

Hochachtungsvoll und ganz ergeben

Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-Verbände

Der Geschäftsführer: H. A. Bued.

„Mehr Schutz für die Streikbrecher“

Ist ja eine bekannte Forderung der Scharfmacher, obwohl schon genug gerichtlich erhärtete Beispiele vorhanden sind, wonach es notwendiger wäre, andere Leute — nicht mit Streikende, sondern auch gänzlich unbeteiligt vor den Streikbretern zu schützen, zumal da diese sehr oft aus dem niedrigsten Gefügel rekrutiert werden. Doch was lehrt dies das prahlhungrige Unternehmertum? Ihnen sind jetzt sogenannte „Schwere Jungen“ willkommen, wenn diese sich nur zum Streikbruch hergeben. Um so widerwärtiger berichtet es aber, wenn man sieht, wie diese „staatserhaltenden Elemente“ noch förmlich gefürchtet werden und man alles mögliche anstellt, um ehrliche Arbeiter ins Unglück zu stürzen, die weiter nichts wollen, als ihre Interessen vertreten. Die Chemnitzer Volksstimme ist in der Lage, folgendes „verträchtliche Schriftstück“ von einer der schwäbischen Scharfmachers korporationen veröffentlichten zu können:

Verband von Arbeitgebern der Sachsischen Textilindustrie.

Telegrammadresse: Textilzäh.

Chemnitz, den 19. Februar 1906.

Schäferstraße 2, part.

Telephon: Nr. 844.

Bertraulich!

An die Herren Vorsitzenden der Kreis- und Branchengruppen!

Gelegentlich des Ausbruchs des gegenwärtigen Streiks in der Leipziger Baumwollspinnerei, Leipzig-Lindenau, hat es sich von neuem gezeigt, wie roh und gewaltig seitens Streikenden gegen Arbeitnehmer vorgegangen wird und wie gemein und frech sie alle Wohlfahrtsvereinigungen der Betriebe schreien und herabsetzen, an deren Segen sie bis dahin teilgenommen. In entsprechender, unerträglicher Weise hat sich die Belästigung durch Streikposten fühlbar gemacht.

Es muß unbedingt gegen diese Vergewaltigung vorgegangen werden. Wir haben deshalb beschlossen, uns an die Reichsregierung wie an die Regierungen der Einzelstaaten zu wenden, damit Abhilfe geschaffen wird. Genügen, die von einigen Seiten befürchtet wird, die bestehenden Gesetze, um die Sicherheit der Arbeitnehmer und die der Arbeitgeber vor Verstärkung ihrer reaktionären Freiheit, vor Bedrohung und Gewalt zu gewährleisten, im Erdaum und Ruhe aufrecht zu erhalten, so ragen die gesetzlichen Vorschriften gleichmäßig streng durchgeführt werden. Genügen die bestehenden Gesetze nicht, so muß man zweckentsprechende neue schaffen.

Um unserem Bergehen eine feste Unterlage zu geben, ist es notwendig, unsere Eingaben an die Regierungen mit Tatsachen zu über das Mäzenatend der Heimarbeit echt ist oder ob es nur bilden. Unsere geehrten Mitgliedern steht leider schon eine reiche Heimarbeit gewesen ist.

Erfahrung auf diesem Gebiet zur Seite. Wir bitten, uns diese zur Verfügung zu stellen, indem Sie uns möglichst bis zum 10. März dieses Jahres einen Bericht zulassen lassen über Ihre Wahlneumungen wegen Verhinderung Arbeitswilliger an Aufzähle oder Fortsetzung der Arbeit, über Bedrohungen, Zwang, Gewalttätigkeiten und alle sonstige Ungehörige und Belästigungen, die durch Streikende, Ausgeperkte, besonders auch durch Streikposten verübt sind und die in glaubwürdiger Weise bezeugt werden können.

Wir werden das eingehende Material zusammenstellen und die Angelegenheit danach unter der für den 19. März dieses Jahres in Aussicht genommenen dreißigjährigen ordentlichen Hauptversammlung zur Beschlusstafung unterbreiten.

Einer baldgefalligen Erfüllung unserer Bitte entgegenstehend hochachtungsvoll

Verband von Arbeitgebern der Sachsischen Textilindustrie.

Zweckentsprechend neue Gesetze, am liebsten solche, die das Koalitionsrecht der Arbeiter aufheben und Arbeiter, die nicht willenslose Sklaven sein wollen, zum Zuchthaus verhelfen können, das sind die „unrichtigen“ Wünsche des Unternehmertums. Dann wäre ihnen das Proletariat auf Gnade über Ugnade überantwortet, selbst wenn es dabei vor Eileid verrecken müßte.

Über die Streikversicherung der Metallindustriellen

wurde in einer am 9. März abgehaltenen Ausschusssitzung des Metallindustriellen-Verbandes Bericht erstattet. Bis Ende 1905 gehörten der Versicherung 742 Mitglieder mit 12000 beschäftigten Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von etwa 140 Millionen Mark an. Seit 1. Januar 1906 haben sich 60 neue Mitglieder angegeschlossen, ebenso hat ein neuer Bezirksverband seinen Beitritt beschlossen, die insgesamt 10000 Arbeiter beschäftigen. Die Gutshäderungen betrugen im Jahre 1905: für Streiks 63011,28 Mk., für Auspeppungen 56022,10 Mk., zusammen 119033,52 Mk. Durchschnittlich entfallen auf einen Fall 4950 Mk. Die in einem einzigen Falle gezahlte Höchstentschädigung betrug 24116,70 Mk., die niedrigste 3,40 Mk. Die Gesamteinnahme der Gesellschaft betrug im Jahre 1905 172341,36 Mk. Nach Abzug aller Ausgaben inklusive der Entschädigungen blieb ein Überschub von 15339,76 Mk.

Wir müssen gestehen, dieser Geschäftsbericht macht nach dem großen Tantam, das die Herren Menz und Genossen fortwährend von ihrer Streikversicherung machen, einen recht düstigen Eindruck. Die Herren sind mehr als bescheiden, wenn sie meinen, daß die Gesellschaft mit dem ersten Jahre ihrer Entwicklung durchaus zufrieden sein dürfe.

Ein interessanter Vereinsprojekt

beschäftigte das Kammerrgericht in Berlin. Die Verwaltungsstelle Velbert des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war im vorigen Jahre bei dem Formierkreis stark beteiligt. Da mehrmals auf Grund des § 2 des preußischen Vereinsgeiges politischerseits ein Mitgliederverzeichnis eingefordert worden war und man Grund zu der Annahme zu haben glaubte, daß die Fabrikanten von der Polizei die Mitglieder erfahren würden, so erhielten, abgesehen von noch anderen Gründen, dem das Vorbestehen der selbständigen Verwaltungsstelle nicht wünschenswert. Sie wurde in alter Form aufgelöst und der Zentralvorstand führte vom Juni an die zahlreichen Mitglieder in Velbert wieder, wie vor Gründung der Verwaltungsstelle Velbert, als Einzelmitglieder des Verbandes, was durchaus statutenmäßig war. Der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle, Möbel, wurde zur Führung der Geschäfte des Verbandes in Velbert vom Zentralvorstand als Bevollmächtigter ernannt. Er erhielt sein Gehalt jetzt vom Zentralvorstand. Seine Aufgabe war es, die Beiträge von den Einzelmitgliedern einzuziehen, eventuelle Unterstützungen auszuzahlen u. s. w. Provisorisch revidiert wurde er von einer Revisionskommission, die von den Einzelmitgliedern alle drei Monate in öffentlicher Metallarbeiterversammlung zu wählen war. Die endgültige Kontrolle übte der Zentralvorstand, der auch wiederholt Beamtungen vornahm. Früher waren alle vierzehn Tage regelmäßige Zahlstellenverammlungen, jetzt gab es nur dann und wann eine öffentliche Versammlung. Auch veranstaltete die Einzelmitglieder einmal ein Bergügen. Trotz der Auflösung der Verwaltungsstelle nahm die Polizei immer noch das Vorhandensein eines Lokalvereins von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Velbert an und sie stellte Möbel zum Vorsteher dieses „Vereins“. Er wurde im August, also schon gerne Zeit nach der Auflösung der Verwaltungsstelle, aufgefordert, der Ortspolizeiverwaltung ein Mitgliederverzeichnis des „Vereins“ einzureichen. Da er dem nicht nachkam, so erhielt er eine Anklage wegen Übertritt des § 2 des preußischen Vereinsgeiges und wurde auch verurteilt. Die Strafkammer zu Elberfeld als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten frei. Begründend wurde unter anderem ausgeführt: Der Polizeibeamter befürchtete, daß ausserlich Änderungen nur leicht wären, sowohl als nach der Auflösung statt Freigevoreinstellungen zwei öffentliche Versammlungen und zwei geschlossene Zahlstellen abgehalten seien. Auch gebe es zu, daß die Einzelmitglieder dieser Interessen verfolgten wie früher. Das könnte aber nicht durchschlagen. Derselbe Zweck könne in verschiedener Art verfolgt werden. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Sitz Stuttgart, habe statutenmäßig neben Zahlstellen auch Einzelmitglieder. Selbstverständlich sei es auch Sache der Einzelmitglieder, daß Verbandsinteresse zu wahren. Nach dem Ergebnis der Beweiseziehung wie es im oben mitgeteilten Tatbestand enthalten ist, müsse angenommen werden, daß durch die Auflösung die bisherige Organisation völlig geändert worden sei, daß für die Annahme in Velbert trotzdem noch ein Verein von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, kein Raum mehr bleibe. Damit erledigt sich alles anders. — Das Kammerrgericht als Revisionsinstanz hob dies Urteil wieder auf und verwies die Sache noch einmal an die Strafkammer zurück. Es war der Meinung, daß das Landgericht die Frage der Abhängigkeit vom Zentralvorstand in Stuttgart zu sehr in den Vordergrund geschoben und zu wenig berücksichtigt hätte, ob nicht die Einzelmitglieder in Velbert unter Leitung Möbels trotz allem ein selbständiges Vereinsleben weitergeführt hätten. Es wäre zu prüfen, ob die Velberter Einzelmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich in Velbert für eine gewisse Zweck vereinigt hätten, um unter fortwährender Leitung des Angeklagten auf öffentliche Angelegenheiten einzutreten. Deshalb die Zurückweisung in die Hauptanstalt.

Auch verantwaltete die Einzelmitglieder einmal ein Bergügen. Trotz der Auflösung der Verwaltungsstelle nahm die Polizei immer noch das Vorhandensein eines Lokalvereins von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Velbert an und sie stellte Möbel zum Vorsteher dieses „Vereins“. Er wurde im August, also schon gerne Zeit nach der Auflösung der Verwaltungsstelle, aufgefordert, der Ortspolizeiverwaltung ein Mitgliederverzeichnis des „Vereins“ einzureichen. Da er dem nicht nachkam, so erhielt er eine Anklage wegen Übertritt des § 2 des preußischen Vereinsgeiges und wurde auch verurteilt. Die Strafkammer zu Elberfeld als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten frei. Begründend wurde unter anderem ausgeführt: Der Polizeibeamter befürchtete, daß ausserlich Änderungen nur leicht wären, sowohl als nach der Auflösung statt Freigevoreinstellungen zwei öffentliche Versammlungen und zwei geschlossene Zahlstellen abgehalten seien. Auch gebe es zu, daß die Einzelmitglieder dieser Interessen verfolgten wie früher. Das könnte aber nicht durchschlagen. Derselbe Zweck könne in verschiedener Art verfolgt werden. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Sitz Stuttgart, habe statutenmäßig neben Zahlstellen auch Einzelmitglieder. Selbstverständlich sei es auch Sache der Einzelmitglieder, daß Verbandsinteresse zu wahren. Nach dem Ergebnis der Beweiseziehung wie es im oben mitgeteilten Tatbestand enthalten ist, müsse angenommen werden, daß durch die Auflösung die bisherige Organisation völlig geändert worden sei, daß für die Annahme in Velbert trotzdem noch ein Verein von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, kein Raum mehr bleibe. Damit erledigt sich alles anders. — Das Kammerrgericht als Revisionsinstanz hob dies Urteil wieder auf und verwies die Sache noch einmal an die Strafkammer zurück. Es war der Meinung, daß das Landgericht die Frage der Abhängigkeit vom Zentralvorstand in Stuttgart zu sehr in den Vordergrund geschoben und zu wenig berücksichtigt hätte, ob nicht die Einzelmitglieder in Velbert unter Leitung Möbels trotz allem ein selbständiges Vereinsleben weitergeführt hätten. Es wäre zu prüfen, ob die Velberter Einzelmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich in Velbert für eine gewisse Zweck vereinigt hätten, um unter fortwährender Leitung des Angeklagten auf öffentliche Angelegenheiten einzutreten. Deshalb die Zurückweisung in die Hauptanstalt.

Wie von den Schäden der Heimarbeit

mit Erfolg entgegengetreten werden kann, zeigt ein Gesetzentwurf zum Schutz der Heimarbeiter und Hausindustriellen, den die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags bei diesem eingereicht hat. Seine Hauptbestimmungen verlangen: Vorschriften über die Räume, in denen gearbeitet werden soll; Meldepflicht des Mieters und Vermieters solcher Räume; Anlegung und Führing einer Liste der beschäftigten Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden; Kontrolle durch die Gewerbeaufsichtsbeamten, deren Gütescheine oder durch die von den Gewerbeorganisationen bestimmten Aufsichtspersonen; Unterstellung der Heimarbeiter und Hausindustriellen unter die Gewerbege richt; Verbot der Heimarbeit in der Nahrungsmittel- und Gewürzwarenbranche; Verbot der Gewerbege richt aller Heimarbeiter — auch Familienmitglieder — und Hausgewerbetreibenden; Ausdehnung der Schutzvorschriften der Gewerbeordnung — §§ 135 bis 138 — auf die Heimarbeit und Hausgewerbetreibende; Führung von Sozialbüchern und Soziallisten. Auf Antrag der Heimarbeiter oder deren Organisationen muß unter dem Vorz. des Gewerbege richts eine Kommission gebildet werden, die die Löhne festsetzt. Die Löhne dürfen nicht niedriger sein, als die in der Fabrik für gleiche Artikel gezahlt und werden durch Veröffentlichung rechtssicherlich. Dies in Kürze der Inhalt des Gesetzentwurfs. Es ist der erste Versuch, die arbeitsförderliche Frage der Heimarbeit und des Haushaltsgewerbes zu regeln und den gesetzlichen Schutz teilweise zu erweitern. Es wird nun an den Mehrheitsparteien liegen, ob Schlußabstimmungen und Pläne gegen die unmenschliche Ausbeutung der Heimarbeit, wie sie durch die Heimarbeitsausbeutung erachtet werden, geschaffen werden. Nun wird es sich zeigen, ob die Aneignung oder Entrüstung der bürgerlichen Gewerbege richten, die die Heimarbeit und Hausgewerbetreibende aus dem Nachweis verweigert werden, in und für trotz aller Bemühungen keine Arbeit erhalten können. Ebenso wenig wird ihnen Gelegenheit zur Verantwortung gegeben, bevor die Verbrauchskommission die Spalte über die Verurteilung ausgesprochen, weil solche Sperre zweifellos einen Verstoß gegen die guten Sitten in sich schließen.

Submissionsblüten.

Wie segensreich es für die Arbeiterschaft ist, wenn im Stadtparlament eine energische sozialdemokratische Vertretung sitzt, zeigt folgender Vorfall: Vor einiger Zeit sind in Mühlhausen (Sachsen) die Textilarbeiter der Firma Frey & Co. in den Ausland getreten, um den seit Jahren geforderten Zehntägigen Tag zu erringen. Die übrigen Baumwollindustriellen sperrten aus. Die sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder beantragten darauf im Gemeinderat, die durch die Auspeppung arbeitslos gewordenen Textilarbeiter von der Stadt zu beschäftigen. Dieser Antrag wurde nach mehrfachem, teilweise erregtem Debate angenommen. Geschlossen stimmten dagegen die Demokraten, das Zentrum und der Bürgermeister. Die Hauptbedenken der Gegner gipfelten darin, daß der Antrag praktisch un durchführbar sei, weil die Arbeitsgelegenheit mangelt, daß er nur provokatorisch und agitatorisch wirkt und daher geeignet sei, die schwedenden Einigungsverhandlungen zu stören. Der Bürgermeister vertrat noch den Standpunkt, die Stadt dürfe in keiner Weise Partei er greifen. Die Demokraten brachten einen Gegenantrag ein, worin

8474 Mf., 2. Heinrich Kiese, Merten 7429,35 Mf., 3. Moritz Kohl, Eissen 6647,55 Mf., 4. Karl Baum, Löhne-Koblenz 6622,10 Mf., 5. Karl Sommer, Dortmund 6214,90 Mf., 6. Joseph Bruder, Dortmund 5937,05 Mf., 7. H. Hoffmann, Dortmund 5908,50 Mf., 8. F. R. Matzsch, Dortmund 5625,45 Mf., 9. L. Aug. Blomberg, Dortmund 5534,94 Mf., 10. Fr. Lohagen, Dortmund 5428,90 Mf., 11. En. Höhmann, Dortmund 5328,90 Mf., 12. Fr. Schröder, Dortmund 5924,25 Mf., 13. Mf. Schmidt, Hückarde 5158,10 Mf., 14. Aug. Gorn, Dortmund 5089,45 Mf., 15. W. Hoffmann, Dortmund 5082,15 Mf., 16. Aug. Blanche, Dorfheld 4971,80 Mf., 17. Heinr. Kehrer, Dortmund 4961,30 Mf., 18. Sieges & Sohn, Dortmund 4944,30 Mf., 19. Emil Mertens, Dortmund 4473,75 Mf. Die illustrierte Zeitung für Blechindustrie, das Organ des Verbandes deutscher Klempnerinnungen, bemerkt dazu: "Also auch hier wieder ein Unterschied von 4000 Mf! Man kann aber über die unsinnigen Submissionsangebote schreiben soviel man will, besser wird's nicht, wie auch hier wieder zu erkennen ist. Werden denn gewisse Leute nie rechnen lernen?"

Der Tag der technischen Angestellten.

Zum ersten Male ist am Mittwoch den 7. März im Reichstag die Lage der technischen Privatbeamten in breiterster Ausführlichkeit behandelt worden. Die Sprecher aller Parteien waren darin einig, daß bei der großen Bedeutung, die die technischen Angestellten der deutschen Industrie für unsere Volkswirtschaft haben, deren rechtliche Gleichstellung mit den Handlungsgesellen nur ein selbstverständlicher Akt ausgleichender Gerechtigkeit sei. Gegenüber dieser erfreulichen Übereinkunftung der sonst politisch weit auseinandergehenden Parteien muß die Zurückhaltung befremden, die sich die verbündeten Regierungen den berechtigten Wünschen der technischen Privatangestellten gegenüber glaubten aufzulegen zu sollen. Die Beteiligten haben ihrem Klischee hierüber dem auch bereits deutlichen Ausdruck verliehen. In einer von annähernd 1000 Personen besuchten Versammlung der Ortsgruppe Berlin des Bundes der technisch-industriellen Beamten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die am 9. März in den Sophiensälen tagende große Versammlung technisch-industrieller Beamten erkennt das Beraubtsein fast sämtlicher Reichstagabgeordneter an, den technischen Privatbeamten zu ihren Rechten zu verschaffen. Um so mehr beweist die Versammlung die unverzügliche Zurückhaltung der Reichsregierung und erfüllt daher den Reichstag, auch fernher mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß sämtliche eingebrachten Anträge baldigst zum Gesetz erhoben werden."

Vom Eisenbahnenstag in den Eisenbahnwerkstätten.

Wer geglaubt hat, der Eisenbahnfestus mache den Arbeitern mit der Einführung des Neunjahrsumfangs ein großes Geschenk, irrt sich gewißlich. Im Anschluß an die Besprechungen über die Arbeitszeit in den Haupt- und Nebenwerkstätten wird vom preußischen Eisenbahnminister darauf aufmerksam gemacht, daß die am neuen Stundenfestezeite Arbeitsdauer in den Haupt- und Nebenwerkstätten die reine Arbeitszeit darstellt. Daraus füllt nicht bloß, wie schon bisher bei der neunmalhalbstündigen Arbeitszeit besonders vorgeschrieben war, die Mittags- und Frühstückspausen, sondern auch eine gewährte Bespannszeit oder sogenannte Waschpausen am Schluß der Arbeitsstunden nicht als Arbeitszeit zu rechnen. Die ganze "Befreiung" reduziert sich dadurch, gerade wie auf den Eisenbahnen Werkstätten, auf wenige Minuten.

Hirsch-Draufreiter.

In die Redaktion des Regulator. Die Redaktion des Regulator antwortet in Nr. 11 auf meine in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung gegebene Darstellung der tatsächlichen Vorgänge bei der Berliner Aussperrung. Daß die Redaktion zugeben würde, daß meine Darstellung stimmt, könnte weder ich noch irgend jemand, der die Herren der Redaktion des Regulator kennt, annehmen. Meine Antwort auf den Artikel des Regulator kann aber sehr kurz sein: Ich halte meine Darstellung der ganzen Angelegenheit in jedem Punkte aufrecht. Bezuglich der Berliner Versammlung halte die Redaktion in selbst ihre Beantwortung nicht aufrecht. Aber auch in Schwieberns in die Sache durchaus so geweiht, wie ich geschildert, das hat mir unsere Oberaufsicht in Schwiebern bestätigt. Sollte trotz allem die Redaktion des Regulator oder Herr Wolff in Sicht die Behauptung aufrecht erhalten, dann fordere ich hiermit die Herren auf, in Schwiebern eine Metallarbeiterverhandlung einzuberufen, um festzustellen, was in der damaligen Versammlung gezeigt worden ist. Sollte diese Behauptung nicht innerhalb der nächsten drei Wochen feststehen, dann nehme ich an, daß die Redaktion des Regulator selbst nicht an die Darstellung des Herrn Wolff glaubt. Zumal aber werden wir eine Verhandlung in Schwiebern einberufen, um das Urteil der Herren aus der Kreisoberaufsicht ins rechte Licht zu rücken. Was die Redaktion des Regulators dann auch am Schluß des Artikels in Nr. 11 sagt, ist nichts als ein Verjag, die Angelegenheit auf ein anderes Gelehr zu schieben. Das ist aber ein vergeblicher Versuch. Die Sache ist so: Der Berufsbund der Metallarbeiter und Heizer hatte sich bereit erklärt, zur Unterbringung der übrigen Organisationen in den Soldatenräumen zu treten. Das in diesen Räumen der übrigen Organisationen die zutreffenden Kosten defrausen, ist doch wohl selbstverständlich. Zu den Organisationen, für die die Maschinenfabrikat eingesparten wollte, gehörten auch die Hirsch-Draufreiter, und ist es deshalb selbstverständlich, daß der Gewerbeverein seiner Zeit der Kosten zu tragen hat. Diese Selbstverständlichkeit schaut man in der Kreisoberaufsicht nicht einzusehen, oder vielmehr: man sieht ja ja, als ob man es nicht erkennt. Da solchen Maschinenfabrikat die Herren greifen, weil ihre Position gar zu plump ist. – Zum Schluß nochmals: Der Deutsche Metallarbeiter-Berufsbund hat, wenn Herr Wolff in Schwiebern die Wahrheit gesagt hat, für den Gewerbeverein 415 Mf. und 528 Mf. bezahlt. Aus einem früher in Berliner Theatern oft angeführten Schauspiel möchte ich mir einen Satz holen, der mich den Herren Gewerbeverwaltern passen: "Klarheit bezahlt keine Schauspieler!"

Berlin.

Vom Husland.

Spectac.

Da die Direktion der Südbahn (Stadtwerke) in Städten wegen des Streiks der Männer jüngst 16.000 Arbeitnehmer bis zum 12. März ausgesperrt hat, erfordert die Gewerbeaufsicht nun einen Spiegel an die Arbeit, auch nach dem 12. März, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Rathaus.

Während am 1. Januar zugesetztes Rathausamt hatten die jüngsten Schiedsgerichte Sympathie eine Arbeitszeitverkürzung vorgeschrieben. Danach waren dort am 1. Januar 4221 Arbeitstage. Von diesen waren 307 geleistet und 1128 ausgesparte Arbeitstage. Auf die Stadt-, Polizei- und Feuerwehrbeamten entfielen 307 geleistete und 60 ausgesparte Arbeitstage. Von den 2100 Mitgliedern des Kommissariats, Feuer- und Polizeibeamten verlor nur 11 Arbeitstage und von diesen waren nicht weniger als 20 Feuerwehr, was denen es nicht ziemlich erscheint, daß sie zu beiden Seiten der Arbeitstage waren. Gestern nun zum 1. Januar 1906 waren nicht weniger als 200 ausgesparte geblieben. Das ist natürlich mehr als zuvor, auch betrifft es nur einer bestimmten Sektion der Unterkünfte in Sympathie für die ausgesparten Kollegen. Sicherlich besteht es, daß es auch in Städten — gerade wie zuletzt — gerade die ausgesparten und leicht ausgetauschten Kollegen sind, die die Unzufriedenheit der Sympathie erkannten und bewußt handeln.

Großher.

Um die jüngsten Schiedsgerichte, daß die bestreite Mindestarbeitszeit für die jüngsten Schiedsgerichte nicht bestreit, jeden Arbeitstag zu verhindern, als ob sie genugten sei, den Gewerbeverein auch mit der geringsten Bezeichnung gegenzuhalten, daß sie bei der Begehung der Mindestarbeitszeit in den Städten keinen Einfluss hätten. Dies ist in England. Und schon die gegenwärtig am Rande befindliche liberale Regierung befürchtet die einzige Mindestarbeitszeit zu haben, die gegenwärtig. So hat das Mindestarbeitsamt die Gewerbeaufsichten der auf jüngsten Schiedsgerichten sitzenden

anerkannt, es wird die mit den Gewerbeaufsichten vereinbarten Löhne zahlen und über Wünsche der Arbeiter mit den Gewerbeaufsichtsverwaltungen verhandeln. Allerdings sind wir ja in Deutschland auf dem besten Wege, dies über kurz oder lang ebenfalls durchzuführen und wenn sich uniformierte und bestreite Schiedsgerichte noch so sehr dagegen sträuben.

Ein Mitglied des Verbandes der Bergarbeiter von Südwales hatte den Verband auf Rückzahlung der Beiträge verklagt, die der Verband laut Beschluss der Mitglieder zu Wahlzwecken erhoben hatte. Man verurteilte, daß dies Mitglied erst durch den Unternehmer-Verband zur Einreichung der Klage veranlaßt worden ist. Das Gericht entschied jedoch, daß der Beschluss der Union durchaus berechtigt gewesen sei und daß denjenigen, die sich dem Beschluss nicht halten beugen wollen, freigestanden hätte, aus dem Verband auszutreten. Wenn die Klage als berechtigt anerkannt worden wäre, wäre die politische Tätigkeit der Gewerbeaufsichten sehr beschränkt worden.

America.

Im nordamerikanischen Kohlengebiet droht ein großer Bergarbeiterstreit. Es scheint deshalb angezeigt, einige statistische Angaben über die dortige Kohlenindustrie zu machen. Die Verträge, die zwischen den Grubenbesitzern und der Bergarbeiterorganisation abgeschlossen sind und die Ende März ablaufen, erstrecken sich auf etwa 150000 Bergarbeiter. Das nordamerikanische Kohlengebiet erstreckt sich auf eine Fläche von 15500 Quadratmeilen, die in zwei große Regionen, die Anthrazit- und die Steinkohlenregion, zerfällt. Die erste ist die kleinere und erstreckt sich über 500 Quadratmeilen. Das Fahrzeugprodukt für das Jahr 1905 in der Anthrazitregion erreichte die Höhe von 61 Millionen Tonnen, während der Gewinn an Steinkohlen gerade 100 Millionen Tonnen betrug. Die ganze nordamerikanische Kohlenproduktion ist nicht viel über 100 Jahre alt; erst im Jahre 1770 wurden die ersten Kohlensäulen entdeckt. Im Jahre 1792 wurde die erste Bergbaugesellschaft gegründet, die noch heute mit einem Betriebskapital von 60 Millionen Mark besteht. In ungeheurer Weise ist die Produktivität der Arbeiter gestiegen. Vor 100 Jahren arbeiteten die Bergleute mit Pick und Schaufel 12 bis 14 Stunden pro Tag, um eine Tome Kohlen zu gewinnen. Heute arbeiten sie mit Maschinen 9 Stunden den Tag und fördern zwischen 10 und 20 Tonnen jutage. Nach einem am 1. Dezember 1905 in Kraft getretenen Gesetz darf in den Gruben kein jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahren mehr arbeiten und die über Tag Arbeitenden müssen das 14. Lebensjahr überschritten haben. Die Zentralisation der Grubenbetriebe wird durch die Verschmelzung der verschiedenen Eisenbahnen herbeigeführt und es heißt, daß in Nähe ein Syndikat die gesamten Kohlenfelder von Pennsylvania an sich bringen wird; damit würde es über das Wohl und Wehe von 325000 Männern und Jungen, die in den Gruben beschäftigt sind, zu bestimmen haben. Von diesen Arbeitern sind mehr als 70000 Ausländer. Die Vereinigten Staaten liefern ein Drittel des gesamten Kohlenproduktes der Welt und der Staat Pennsylvania liefert allein wieder die Hälfte davon.

Leben der Kohle wird in den Vereinigten Staaten aber auch eine große Menge Erze gebrochen; Kohle und Erz, das sind die beiden Dinge, die bei dem heutigen Stande der Technik und der Industrie die höchstmögliche Bedeutung haben für die Entwicklung eines Landes. Und Amerika steht bekanntlich unter den Industriestaaten der Welt und an erster Stelle. In den Sammelwerken von Pennsylvania wurden im Jahre 1905 allein an Eisen 7,41 Millionen Tonnen gewonnen. Diese Zahl verglichen mit 4,02 Millionen Tonnen im Jahre 1885 zeigt eine Zunahme von 3,38 Millionen Tonnen oder 641 Prozent. Die Kosten des Materials für diese Eisenmenge während des Jahres 1905 betrugen 54,66 Millionen Dollar, während der Markt Preis des Produktes sich auf 161,83 Millionen Dollar belief. Das in Pennsylvania gewonnene Roheisen beträgt bei nahe 30 Prozent des Gesamtproduktes der Vereinigten Staaten. In der Rohstoffindustrie sind 14087 Personen beschäftigt; diese erhalten einen Lohn von 772861 Dollar.

In Stahl- und Gußeisens wurden im Jahre 1905 305 Millionen Tonnen fabriziert; dabei waren 91145 Personen beschäftigt. Die an diese Lente im Jahre 1905 bezahlten Gehälter betrugen 929247 Dollar und der Wert der produzierten Produkte belief sich auf 36063 Millionen Dollar. Der durchschnittliche Jahresgehalt eines Mannes betrug 13,66 Dollar (245 Mf.). Die meteorologische Schäde der Ende gewonnenen mit der fortgeschrittenen Entwicklung einer immer höheren Welt für die Menschen, aber sie preisen nicht der Gesamtheit zur Verfügung, sondern eine Handvoll von Kapitalisten haben diese Reichweite für sie eingerichtet. Sie bilden die natürlichen Schäde der Erde aus, indem sie Langlebig von Arbeitern für sich röumen lassen, während sie sich des größeren Teils des Produktes aneignen.

Auster.

Am Freitag vom 12. auf den 13. März hat in Ostfriesland eine jüngste Strafanstalt gewirkt, die auch der Bevölkerung in Seer großen Schaden gezeigt hat. Von diesem ist besonders die jüngste Strafanstalt betroffen worden, da deren Wohnungen höchstlich in den Niederungen ansehnlich der Stadt liegen, wo die Überflutung am meisten Verheerung angerichtet hat. Sicherlich werden die Gefahren im Niedersland mit einem Begriff von der Größe des Unglücks machen können, wenn sie sich vergegenstellt, daß der Niedersland eine Höhe erreichte, die die gewöhnliche Höhe, wie nicht weniger als 20 Meter übersteigt, das sind 10 Zentimeter mehr als bei der Sturmflut im Jahre 1901. Die Gefahren werden an vielen Stellen überflutet, teilweise weggetragen. Am Morgen nach dem Unglück haben viele unserer Gefangen mit Frau und Kind auf dem zweiten Boden, während ihre Mutter und Söhne im Wasser untergekommen. Sie bischen Vieh, Schafe, Ziegen, Schweine oder Gänse) in extraten, weil die Überflutung so plötzlich war, daß die Bevölkerung gar nicht zu tun hatte, um das Vieh zu retten. Da das Sorgenkind in See vor dem Unheil am wenigsten betroffen worden ist, ist es zur Erfahrung aufgezogen worden. Das Bürgeramt hat für die ausgesperrten Gefangen aber nichts übrig; da heißt es: "Das sind Streitende, denen geben wir nichts." Das Sorgenkind ist natürlich geweckt, den Feindes Tod noch zu befürchten, weil der Sturm von dem Tag seines Lagerhauses ein Stützpunkt hat und durch die plötzlich eingetretene Giebelwand ein Teil seiner Zelle zerstört worden ist. Es ist also hier wieder einmal der Schreiber, der seinem Gefangenkollegen helfen will. Wir müssen deshalb an die Gefangen die See, aus aus ihrer Zelle befreien, um sie zu bestreiten, um sie zu retten. Das ist der Schreiber, der bei dieser Katastrophe erlittenen Schaden wenigstens teilweise richten zu können. Doch gehen die Gefangen der Strafanstalt weiter, trotz aller Verzweiflung der Unternehmer, sie zu konsumieren. Es hat den Unternehmern mit dem Oberstaatsanwalt Schriftsteller an der Spitze nicht genügt, daß sie verprügeln, einzufangen und die Strafanstalt zu belagern. Darnach, Metallarbeiter-Strafanstalt, heißt einer Gefangen in See, die nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern auch gegen die Naturgewalten kämpfen müssen. Beherrschte die alte Regel: Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe! Gefangenungen sind an den Strafanstalt Schreiber Wilhelm Gotthausen, Hamburg 30, Goethestraße 74, zu richten.

Literarisches.

Deutsche Presse. Gedächtnispraktik für Gewerbeaufsicht und Gewerbeaufsichtsamt, herausgegeben von Dr. Albert Endemann. Die Gedächtnispraktik der Gewerbeaufsicht ist die Gewerbeaufsichtspraktik, so regelmäßig es sonst, immer noch ein Problem, im Reichsamt des Innern werden gegen verschiedene Verstöße der großen Firma angeklagt. Da kommt die Gewerbeaufsicht der Gewerbeaufsicht entgegen und über nicht, läßt sich nicht sagen; jedenfalls darf der Gewerbeaufsicht an den Verstößen der einzelnen Gemeinden, die die Macht der Gewerbeaufsicht zu führen, nicht Gewerbeaufsicht ver-

gehen. Über die Dresdener, zu manigfachen Ausstellungen Anlaß gebende Dienstbotenversicherung handelt in dem uns vorliegenden 11. Heft der Kommunalen Praxis S. 8. Otto Uhlrich in einem sehr lebenswerten Aufsatz. Auch sonst feiert die Zeitschrift immer aufwändig durchgearbeitete Inhalte. Werbenunterern kann man gratis vom Verlag der Kommunalen Praxis, Berlin W. 15, beziehen.

Karl Pataths Fachkalender für das Jahr 1906 sind soeben in verschiedensten Ausgaben für Metallindustrie, Gürtler, Gießer, Kupferschmiede, Maschinenbauer und Schlosser, Klempner und Installateure zum Preise von 2,10 Mf. in Leinwand gebunden, bei freier Zustellung, erschienen. Verlag von Karl Patath, Metalltechnische Buchhandlung, Berlin S. 42, Prinzessstrasse 100. Ein guter Fachkalender ist eines der unentbehrlichsten Hilfsmittel des Praktikers bei der Ausübung seines Berufs. Dem Verlag steht bei der Auswahl des der Praxis entnommenen Stoffes eine 26jährige Erfahrung und engste Verbindung mit der Praxis zur Seite. Im selben Verlag ist auch noch ein Maschinenbauer- und Metallarbeiterkalender erschienen, der bei entsprechend einfacher Ausstattung und freier Zustellung für 1,10 Mf. zu beziehen ist.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Sonntag, 1. April:

Nauen. St. Martin 9 Uhr.

Amburg. Am der Alm, norm. 1/10.

Barmen - Elberfeld (former re.).

Wiesbaden, Barmen, dorm. halb 11.

Bochum-Linden, Woll, norm. 10 Uhr.

Coburg, Himmelsleiter, dorm. halb 10.

Dortmund-Kesselheim) Martin, o. 11.

Geisen-Weberbauer. Altenhöfle, 11.

Herford. Bielefeld, dorm. norm. 11.

Hagen-Weserbauer. Lipp, dorm. 11.

Hannover. Bielefeld, dorm. 11.

Koblenz. Goldener Ring, dorm. 10.

Kreis. Goldbach, dorm. 11.

Mülhausen. E. Sonne, dorm. 9.

Münch. A. Bücheberg, Hermanns.

Quedlinburg-Gertrud. Grüne Quelle, 8.

Wiesbaden. Bielefeld, dorm. 11.

Wolfsburg. Bielefeld, dorm. 11.

Wuppertal. Bielefeld, dorm. 11.

Montag, 2. April:

Barmen-Elberfeld Baulempfer re.

Trierer. Elberfeld, dorm. 11 Uhr.

Landesberg. Holzschule, dorm. 9.

Kathenow-Mittelach. Heidepriest, 1/9.

Dienstag, 3. April:

Heiligen. Darmstädter Hof, 9 Uhr.

Solingen-Mettelbach. Gerechtigkeit, 8.

Wiesbaden. Bielefeld, dorm. 11 Uhr.

Sonntag, 4. April:

Emden. Bellevue, dorm. 9 Uhr.

Gießen. Petersen, dorm. 9 Uhr.

Wiesbaden. Steinhaus, dorm. 9.